

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

26. Jahrgang 1978

Nr. 3

LUDOLF HERBST

DIE KRISE DES NATIONALSOZIALISTISCHEN REGIMES AM VORABEND DES ZWEITEN WELTKRIEGES UND DIE FORCIERTE AUFRÜSTUNG

Eine Kritik

Timothy W. Mason hat vor nun schon drei Jahren einen umfangreichen Quellenband zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 bis 1939 vorgelegt¹. Der Band enthält vorwiegend Akten aus den Dossiers der Wirtschaftsbürokratie. Sie zeigen, in wie hohem Maße die sozialen Folgen der forcierten Aufrüstung die amtlichen Stellen beschäftigten und mit welchen Mitteln das nationalsozialistische Regime versuchte, der Probleme Herr zu werden. Hier liegt ein Material bereit, das für die wirtschaftliche, soziale und politische Lage Deutschlands am Vorabend des Zweiten Weltkrieges interessante Aufschlüsse verspricht.

Den Quellen ist eine ausführliche Einleitung vorangestellt worden, die in einer überarbeiteten und ergänzten Fassung als selbständige Veröffentlichung vorliegt². Die zupackende, um pointierte Formulierungen nicht verlegene Art, in der sie verfaßt ist, die Vielzahl aufschlußreicher Details und plausibler Forschungsanregungen, mit denen man in den Anmerkungen konfrontiert wird, lassen sie zu einer anregenden Lektüre werden. Die provozierenden Thesen dieser Einleitung haben ein weites Echo gefunden, sind aber in aller Regel losgelöst von der Dokumentation betrachtet worden³.

Mason präsentiert das Gesamtwerk als „Vorarbeit“ für eine künftig zu schreibende Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Nationalsozialismus und will mit ihm zu Einzeluntersuchungen anregen. Es liegt deshalb ebenso im Interesse der Selbstverständigung historischer Forschung wie in der Intention Masons, die Frage zu erörtern, welchen Beitrag sein so voluminös dargebotenes Werk zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Jahre 1936 bis 1939 leistet. Es erscheint sinnvoll, hierbei mit der Dokumentation zu beginnen und zunächst die Struktur des Quellenmaterials zu betrachten.

¹ Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.

² Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977.

³ Vgl. z. B. Hans-Erich Volkmann in: Das Historisch-Politische Buch 26 (1976), S. 289 f.; Alan S. Milward, Der Zweite Weltkrieg, München 1977, S. 27; Hans Joas in: Ästhetik und Kommunikation 7 (1976), H. 26, S. 96 ff.; Heinrich August Winkler in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 464 ff.

1.

Die Struktur des in die Dokumentation aufgenommenen Materials ist ganz wesentlich von zwei Quellengruppen geprägt, von Berichten über die wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Lage, die dem verwaltungsinternen Informationsfluß entstammen, und von Gesetzen, Verordnungen und Anweisungen für die sozialpolitische Administration.

Im Zentrum der ersten Gruppe stehen Berichte, die dem Reichsarbeitsministerium (RAM) regelmäßig von den ihm zu- bzw. nachgeordneten Behörden, den Reichstreuändern der Arbeit, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern erstattet wurden. Die infolge der lückenhaften Aktenüberlieferung bestehende Schwierigkeit, an das jeweilige Ausgangsmaterial heranzukommen, zwang Mason freilich vielfach dazu, auf Zusammenstellungen zurückzugreifen, die im RAM zur Unterrichtung anderer Oberster Reichsbehörden auf der Basis dieser Berichte angefertigt wurden. Dies gilt durchgängig von den Lageberichten der Reichstreuänder der Arbeit. Das RAM benutzte sie als Material, stellte zunächst wörtliche Auszüge daraus zusammen und verschmolz sie für die wesentliche Zeitspanne vom Juni 1938 bis zum März 1939 zu „eigenständigen Expertisen über die sozialwirtschaftliche Lage“⁴. Dieses Quellenmaterial bildet das Gerippe der Dokumentation, ergänzt durch die pro Quartal vom Statistischen Reichsamte an den Chef der Reichskanzlei erstatteten Berichte über die Entwicklung der tatsächlichen Arbeiterverdienste sowie regelmäßige Meldungen der Staatspolizeistellen und des Sicherheitsdienstes über die Tätigkeit illegaler Gruppen der verbotenen Arbeiterparteien. Interministerielle Briefkorrespondenz berichtenden Inhalts vervollständigt das Bild. Während dieses Quellenmaterial den Archiven entstammt und bisher durchgängig nicht ediert war, unterlagen die Gesetze, Verordnungen und Anweisungen zur Arbeiterpolitik, die die zweite Hauptgruppe der Dokumente ausmachen, in aller Regel dem Veröffentlichungszwang, waren dem Fachmann mithin in den einschlägigen Publikationsorganen zugänglich. Mason ergänzt diese Drucksachen durch vertrauliche Materialien und Entwürfe aus Archivbeständen, was freilich ihren Wiederabdruck nicht rechtfertigen kann.

Es entspricht der für das Dritte Reich typischen Verwaltungsstruktur, daß die von Mason edierten Quellen sowohl den traditionellen Behörden als auch den neuen, eng mit der NSDAP verbundenen Behörden der Sonderbevollmächtigten entstammen⁵. Dabei ist es selbstverständlich, daß die meisten Entscheidungen in letzterem Bereich fielen, was seinen Ausdruck in der Vielzahl von Verordnungen und Erlassen des Beauftragten für den Vierjahresplan findet. Das Berichtsmate-

⁴ Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft (im folgenden: Dokumentation), S. 278 (Zwischentext von Mason).

⁵ Vgl. Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 323 ff.

rial trägt demgegenüber in der Regel den Stempel der traditionellen preußischen Staatsdenken verhafteten Ministerialbürokratie. Auch wenn die Trennungslinien zwischen den traditionellen und den neuen Behörden schon aufgrund der personellen Querverbindungen nicht immer leicht zu ziehen sind⁶, so muß eine Edition, die Materialien aus beiden Bereichen enthält, doch der Tatsache in irgendeiner Weise Rechnung tragen, daß diese verschiedenen Verwaltungstraditionen angehören und ihnen ein ganz unterschiedliches Gewicht beizumessen ist. Namentlich unter dem Gesichtspunkt einer politischen Sozialgeschichte darf man in ihnen nicht so ohne weiteres den Standpunkt von „herrschenden Gruppen“ erblicken. Es ist nicht davon auszugehen, daß sie unmittelbarer Ausdruck der Art und Weise sind, in der die „Machthaber“ über die sozialen Probleme „dachten, sprachen und schrieben“⁷. Es ist vielmehr angesichts der überwiegenden Herkunft des für die soziale Analyse besonders ergiebigen Berichtsmaterials danach zu fragen, welchen Einfluß die sich 1937/38 beschleunigt vollziehende Entmachtung und Zurücksetzung der traditionellen Ministerialbürokratie, die „Krise des Beamtentums“, wie ein Zeitgenosse und Betroffener formulierte⁸, auf deren Sehweise und Akzentuierung der sozialen und administrativen Probleme ausübte.

Mason trägt diesem Aspekt nicht Rechnung, wie er überhaupt Fragen der Editionstechnik wenig Beachtung schenkt. Sie werden ausdrücklich als „Ermessensfragen“ bezeichnet, und der Editor bedeutet dem Leser im Vorwort, er möge nach „konsequent eingehaltenen editorischen Regeln“ gar nicht erst suchen⁹. So überrascht es nicht, daß die Dokumentation eigentlich gar keine Dokumentation ist, sondern Ersatz für eine Darstellung. An die Stelle durchdachter Editionsprinzipien und einer Struktur relevanter Unterscheidungen tritt die chronologische Anordnung der Quellen. Mason nennt das „narrative Struktur“ und will damit der methodisch ungesicherten Hoffnung Ausdruck verleihen, die Dokumente sprächen für sich selbst. Ihnen wird die Aufgabe zugedacht, „eine Geschichte“ zu erzählen, deren „Hauptakteur“ die Arbeiterklasse ist. Die wenigen einem systematischen Gesichtspunkt verpflichteten Kapitel, so erläutert Mason sein Verfahren, sind deshalb dort eingefügt, „wo sie die erzählende Intention am besten zu ergänzen scheinen“¹⁰. Berichte und Dokumente berichtenden Inhalts, die regelmäßig etwa monatlich oder vierteljährlich entstanden und natürlicherweise die gleiche oder eine ganz ähnliche Struktur aufweisen, mögen sich

⁶ Ebenda, S. 371 f. So hatten z. B. die Staatssekretäre der Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft, Arbeit und Verkehr eine Doppelfunktion: Sie waren gleichzeitig Geschäftsgruppenleiter im Vierjahresplan.

⁷ Dokumentation, S. XXIII.

⁸ Denkschrift Fritz-Dietlof von der Schulenburgs über die Krise des Beamtentums vom Sept. 1937 in: Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966, S. 146 ff.

⁹ Dokumentation, S. XXVII.

¹⁰ Ebenda, S. XXVI.

für eine Dokumentation mit Erzählstruktur besonders geeignet haben, und es lag deshalb nahe, sie als tragende Bauelemente möglichst kontinuierlich zu berücksichtigen. Man darf aber nicht vergessen, daß vier oder selbst zwölf Wochen für soziale Prozesse sehr kurze Zeiträume sind. Veränderungen stellen sich gleichsam unmerklich ein, und es bedarf großer Aufmerksamkeit, sie nicht zu überlesen. Auch wenn in der Einleitung auf Wendepunkte der Entwicklung hingewiesen wird, liegt es doch offenkundig in der Absicht des Editors, den Benutzer der Dokumentation neben einer Vielzahl von Details immer wieder mit einigen wenigen Themen zu konfrontieren, die – wie er selbst bemerkt – sich mit „einer fast ermüdenden Regelmäßigkeit“ wiederholen.

Die Wiederholung ist überhaupt beherrschendes Prinzip. Sie soll „Ausmaß und Bedeutung“ der Phänomene betonen und selbst die „erforderliche kausale, zeitliche und branchenspezifische Differenzierung“ wesentlicher Sachverhalte leisten¹¹. Bedenkt man, daß die der Dokumentation vorangestellte Einleitung mit fast zweihundert Druckseiten genug Raum für Interpretationshilfen und analytische Ergänzungen bietet, Entwicklungslinien und Trends hier aufgezeigt werden konnten, bleibt unverständlich, warum der Dokumentation eine Aufgabe aufgebürdet wurde, die sie nur sehr unvollkommen erfüllen kann. Bei stärkerer Berücksichtigung anerkannter Editionsprinzipien hätte die Dokumentation erheblich gekürzt werden können. Ihrer vom Autor neben anderen Zwecken auch angestrebten Verwendung im akademischen Unterricht¹² wäre damit sicher am besten entsprochen worden.

Was für eine Geschichte wird nun durch die Quellen „erzählt“ und wie wird sie „erzählt“? Den Ausgangspunkt bildet die nach der Verkündung des zweiten Vierjahresplans 1936 wirksam werdende Diskrepanz zwischen den Erfordernissen der Rüstungsindustrie und den Ansprüchen der zivilen Sektoren, die zu erheblichen Engpässen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen führte. Für die Sozialpolitik wurde vor allem der Arbeitskräftemangel bedeutsam, der infolge der konjunkturellen Überbeschäftigung eintrat und dessen soziale Folgen, – wie Mason zu Recht betont, – bisher von der Forschung wenig beachtet wurden¹³. Der Sog, den die Produktionsgüterindustrien und die modernen Industrien des Vierjahresplans aufgrund übertariflicher Lohnzahlungen, einer besser ausgebauten betrieblichen Sozialfürsorge, aufgrund von Gratifikationen und brutalen Abwerbemethoden auf die Arbeiter der Wirtschaftsbereiche ausübten, die im Schatten der Konjunktur standen, machte die Haupt Sorge der Berichtenden aus und war der wesentlichste Gegenstand der administrativen Maßnahmen. Diese Umschichtung der

¹¹ Ebenda, S. XXIII.

¹² Ebenda, S. XXII.

¹³ Bisher zu diesem Problem: David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln 1968, und Dieter Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968.

Arbeitskräfte, die durch die strukturellen Voraussetzungen der Landflucht noch verstärkt wurde, war nun freilich, was ihre sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen angeht, nicht nur ein Problem der Arbeiterschaft. Die Berichte der Reichstreuhänder der Arbeit etwa erfassen neben den Industrie-, Bergbau- und Landarbeitern unter den Stichworten Metall-, Eisen- und Maschinengewerbe, Bau, Steine, Erden, Holz- und Papierindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Land- und Forstwirtschaft, Handel, Binnen- und Seeschifffahrt eine Vielzahl mittelständischer Betriebe, denen – der Eindruck entsteht – die Arbeiter wegliefen oder die, – suchten sie diese mit übertariflichen Lohnzahlungen zu halten, – infolge staatlich festgelegter Höchstpreise unter die Rentabilitätsgrenze zu fallen drohten. An dieser Stelle wird deutlich, welche Vorteile eine Dokumentation haben kann, die sich keiner scharf abgrenzenden Fragestellung verpflichtet fühlt. Die Dokumente sprengen die soziologische Begrenzung auf die „Arbeiterklasse“, und es kommt mehr in den Blick als „Arbeiterpolitik“.

Dies gilt auch für die Leitfrage, die der Titel andeutet, ob und inwieweit die „Arbeiterklasse“ in die „Volksgemeinschaft“ integriert wurde. Die nationalsozialistische Sozialideologie, die mit wenigen typischen Zeugnissen kurz aber prägnant belegt wird, stand – darauf ist vielfach verwiesen worden¹⁴ und das bestätigt sich am Beispiel der Arbeiterschaft erneut – im Gegensatz zur realen Lage in vielen Bereichen der Gesellschaft. Die von der forcierten Aufrüstung ausgelöste extreme Mobilität, die an die Industrialisierung nach 1890 erinnert, widersprach ihr diametral und wurde nicht durch ein sozialpolitisches Konzept aufgefangen oder gemildert. Die im Dienst der Aufrüstung stehende Wirtschaftspolitik der Regierung Hitler hatte wenig mit der nationalsozialistischen Ideologie zu tun, sondern folgte vornehmlich Zweckmäßigkeitserwägungen. Mason weist darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik unter dem Nationalsozialismus ihre eigene Amtssprache schuf¹⁵. Während in der Propaganda des Regimes die Volksgemeinschaft beschworen wurde, war in den Behörden vom „Herabdrücken der Krankenziffer“ die Rede, wurden Menschen „bewirtschaftet“ und „verteilt“, degenerierte der Volksgenosse unversehens zum „Sparstoff Mensch“¹⁶.

Wenn von den sozialen Folgewirkungen des Arbeitskräftemangels die Rede ist, muß berücksichtigt werden, daß die Dokumente dies nur mittelbar wiedergeben. Der Alltag des Menschen, sein durch den Arbeitsplatz, die Lebens- und Wohnkultur, die Sozialisation geprägtes Umfeld konnte bei einer so umfassenden Fragestellung verständlicherweise nicht durch Primärquellen belegt werden, zumal die erforderlichen Regionalstudien fehlen. Was hiervon in den Blick kommt, wird durch die Brille des Berichtenden gesehen, dessen Augenmerk selbstverständlich nicht auf das Gesamterscheinungsbild der sozialen Situation, sondern

¹⁴ Vgl. David Schoenbaum, a. a. O., S. 26, 150, 197 ff., und Dietmar Petzina, Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1918 bis 1945, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. II, Stuttgart 1973, S. 759, 766.

¹⁵ Dokumentation, S. XXIV.

¹⁶ Ebenda, S. 934, 936 u. öfter.

auf deren Störfaktoren gerichtet war. Der „Zweck“, so heißt es seit Juni 1938 stereotyp wiederkehrend zu Beginn der Auszüge aus den Monatsberichten der Reichstreuhand der Arbeit, mache es „leider unvermeidbar“, daß „mehr auf die weniger erfreuliche Seite der Sozialpolitik eingegangen wird. Anders würde den zuständigen Stellen keine Gelegenheit gegeben werden können, dort, wo es nottut, einzugreifen und Mißstände abzustellen“¹⁷. Man wird diese Zweckbestimmung als *captatio benevolentiae* verstehen müssen, die dem Kompilator im RAM den Vorwurf des Defaitismus und der Miesmacherei ersparen sollte, oder sie auch unter Hinweis auf die mangelnde Zweckrationalität nationalsozialistischer Administration und Gesetzgebung relativieren können. Dennoch wirft die Zweckbestimmung methodische Probleme auf. Auch wenn man „gezielte ‚Schwarzmalerei‘“ im großen und ganzen ausschließt und mit Mason einen „zuverlässigen Eindruck“ von der Genauigkeit der Berichte gewinnt¹⁸, bleibt doch zu konstatieren, daß das Quellenmaterial den reaktiven Charakter der nationalsozialistischen Sozial- und Arbeiterpolitik überzeichnet¹⁹.

Ein Problem stellt auch die lokale und regionale Prägung der Quellen dar; denn sie macht es notwendig, eine sinnvolle Relation zwischen ihren partikularen Sachinformationen und dem jeweiligen volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß herzustellen, dem sie zuzuordnen sind. Es muß, wo immer dies möglich ist, quantifiziert werden. Mason bemüht sich hierum, gelegentliche Zahlenangaben sind aber über zahlreiche Anmerkungen verteilt. Der knappe statistische Anhang kann dies nicht ausgleichen. Auch auf diesem Gebiet verläßt sich der Herausgeber zudem zu sehr auf die unmittelbare Aussagefähigkeit von Dokumenten und überträgt einen Teil der von ihm zu leistenden analytischen Hilfestellung auf vorgeblich ‚objektive‘, mit gesamtwirtschaftlichen Trends befaßte Dokumente. Um zu einem ausgewogenen Gesamteindruck der angesprochenen sozialen Problematik zu gelangen, bedarf es eines präzisen analytischen Instrumentariums, das den vorherrschenden Trend heraushebt und regionale oder lokale Sonderentwicklungen als solche kenntlich macht. Edition und Einleitung – der Eindruck stellt sich ein – bleiben hier hinter dem Erforderlichen zurück.

Insgesamt kommen methodische Überlegungen bei Mason zu kurz. So fällt es schwer zu glauben, daß die politischen Nebenabsichten der berichtenden oder Berichte zusammenfassenden Instanz, die selbstverständlich die Art der Datenaufbereitung, die Akzentsetzung und Schwerpunktbildung beeinflussten, in jedem Fall „relativ leicht zu durchschauen“ sind, wie der Herausgeber in einem der den einzelnen Akten und Aktengruppen gelegentlich vorgeschalteten Zwischentexte bemerkt²⁰. Dies ist schon deshalb nicht „leicht“ möglich, weil die chronologische

¹⁷ Ebenda, Nr. 108, S. 653.

¹⁸ Ebenda, S. 279.

¹⁹ Vgl. hierzu Friedrich Syrup, Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik 1839–1939. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Julius Scheuble, bearb. von Otto Neuloh, Stuttgart 1957.

²⁰ Dokumentation, S. 279.

Anordnung der Dokumente Provenienzen und Sachzusammenhänge zerreißt und die lückenhafte Überlieferung es zusätzlich erschwert, die Linie der Behrdenpolitik und ihre jeweiligen taktischen Wendungen zu erkennen. Es ist vielmehr festzuhalten, daß hier subjektiv bestimmte, regional und sektional geprägte Erfahrungen und Beobachtungen in einen übergeordneten Funktionszusammenhang eingehen, Bestandteil des eigenen Regeln unterworfenen Prozesses sozialpolitischer Willensbildung werden und dort eine Zweckbestimmung erfahren, die die sozialen Basisdaten vielfach überwuchert. Um sie freizulegen, bedarf es sehr scharfer Instrumente und einer behutsamen Hand.

Im Unterschied zum sozialen Geschehen wird die Ebene der sozialpolitischen Willensbildung durch die von Mason vorgelegten Materialien primär belegt. Betrachtet man die Dokumente in diesem Bestimmungsbereich, so bestätigt sich zunächst einmal der Eindruck, den die Forschung bisher von der nationalsozialistischen Verwaltungspraxis mit ihrer Ineffizienz, ihren Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten und ihrem Defizit an klaren verantwortlichen politischen Entscheidungen hat²¹. Die Verzahnung zwischen den drei logisch zu unterscheiden Ebenen, zwischen dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen, dem sozialpolitischen Willensbildungsprozeß und den sozialpolitischen Maßnahmen erlangte nicht das Maß an Rationalität, das von einer an sozialen Zwecken orientierten Verwaltungs- und Regierungspraxis zu erwarten wäre. Das ernsthafte Anliegen, Störfaktoren zu beseitigen, das im Apparat auf allen Ebenen spürbar ist, trägt die Entscheidungen in weit geringerem Maße, als die Referenten und Sachbearbeiter erwarteten und als heute einleuchten will. Die Diskrepanz zwischen Mangelanzeige, regelndem Verordnungs- oder Gesetzesentwurf und dem politischen Resultat tritt als partiell suspendierte Zweckrationalität deutlich hervor.

Freilich darf man hier nicht im immanenten Normenverstndnis der jeweiligen Behörde oder gar des Sachbearbeiters verbleiben. Der Begriff der Zweckrationalität hat nur Sinn, wenn man die Zwecke benennt, an denen der rationale Einsatz der Mittel zu messen ist. Es ist deshalb gewiß richtig, wenn Mason darauf aufmerksam macht, daß die Sozialpolitik im Dritten Reich Resultante widerstreitender Bestrebungen war. Auf der einen Seite standen die von der NSDAP, den Gauleitern und der DAF vertretenen ‚populistischen‘ Forderungen nach einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse und auf der anderen Seite die Bemühungen von Regierung, Industrie und Wehrmacht, die Sozialpolitik konsequent an der Aufrüstung zu orientieren. Der Auftakt der Dokumentation mit der Gegenüberstellung einer Rede von Robert Ley und Oberst Thomas²² kann deshalb als

²¹ Vgl. Bracher/Schulz/Sauer, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln 1960; Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1968; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969.

²² Die Reden wurden auf der 5. Tagung der Reichsarbeitskammer am 24. November 1936 in Berlin gehalten. Die Standpunkte trafen also direkt aufeinander. Dokumentation, Nr. 1, S. 179 ff.

recht gelungen gelten, wenn auch Zweifel zurückbleiben, ob die infolge seines taktischen Verhaltens schillernde Persönlichkeit des Obersten Thomas hier ganz richtig eingeordnet wird²³. In der von sehr vielen Instanzen beeinflussten Sozialpolitik prallten zudem eine Reihe anderer Gegensätze aufeinander, die Mason nicht im Blick hat. So trafen Elemente der gerade in der Ministerialbürokratie stark verwurzelten preußischen Verwaltungstradition mit ihrem obrigkeitlichen Vor- und Fürsorgedenken auf den an kurzfristigen Zwecken und kurzlebigen Effekten orientierten und außerordentliche Maßnahmen bevorzugenden Führerabsolutismus²⁴. Das staatliche Prinzip des Haushaltes stritt mit der Verschwendungssucht einer ebenso auf das eigene Wohlleben wie auf die Volksgunst bedachten Clique von Naziparvenüs oder begegnete Verfechtern modernen Wirtschaftsmanagements, die in außerordentlichen Zeiten sich zu außerordentlichen Maßnahmen verstanden und oftmals ein Effektivitätsdenken verkörperten, das das Wohl des Ganzen ebenso aus dem Auge verlor, wie es sittliche Normen hinter sich ließ.

2.

Der mit der Geschichte des Nationalsozialismus befaßte Forscher steht vor einem paradoxen Dilemma: er droht einerseits in der Fülle des archivierten Aktenmaterials zu ertrinken und kann andererseits wesentliche Handlungsvollzüge nicht oder nur unzureichend rekonstruieren, weil in der Überlieferung große kriegsbedingte Lücken klaffen. Die Nationalsozialisten pflegten dem gesprochenen Wort zudem den Vorzug vor der Schriftlichkeit zu geben. Wichtige Entscheidungen Hitlers etwa wurden mündlich erteilt, und der Historiker kann von Glück sagen, wenn sie sich in lapidaren Aktennotizen niederschlugen oder aus der Interpretation einer Dienststelle zu rekonstruieren sind²⁵. Es ist deshalb nur sehr selten möglich, einen Sachzusammenhang in allen wesentlichen Aspekten dokumentarisch zu belegen, ja es bereitet gelegentlich sogar Schwierigkeiten, die verzerrten Proportionen der Aktenüberlieferung zu erkennen und entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

Die Sozialpolitik der drei Vorkriegsjahre macht hier keine Ausnahme, und Mason ist das auch bewußt²⁶. Es war deshalb sicherlich kein glücklicher Griff, der Dokumentation eine narrative Struktur geben zu wollen und ihr damit eine Aufgabe zuzumuten, die von Quellenzusammenstellungen nicht zu leisten ist und jedenfalls bei diesem Gegenstand den allergrößten Schwierigkeiten begegnen mußte. So stellt sich allein durch die Lektüre der Dokumente weder eine präzise

²³ Vgl. hierzu Georg Thomas, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45)*, hrsg. v. Wolfgang Birkenfeld, Boppard/Rhein 1966, S. 9 ff. (Einleitung v. W. Birkenfeld).

²⁴ Vgl. Hans Mommsen, a. a. O., S. 20 ff.

²⁵ Vgl. etwa Dokumentation Nr. 78, S. 546 f.

²⁶ Dokumentation, Vorwort S. XXI.

Vorstellung der sozialpolitischen Handlungsabläufe her, noch wird erkennbar, welches Ausmaß die zahlreichen lokalen, regionalen und branchenspezifischen Unmutsäußerungen an der sozialen Basis besaßen und welche Bedeutung ihnen im Kontext der allgemeinen Trends zuzumessen ist. Es sollte primär einleuchten, daß dies nur durch eine Darstellung zu leisten ist, die hermeneutische und analytische Verfahren kombiniert und zu Aussagen gelangen kann, die Quellen nun einmal unmittelbar nicht abzugewinnen sind.

Vielleicht ist es unbillig, dies von einer Einleitung zu fordern. Allerdings ist es kein Zufall, daß Einleitungen zu Dokumentationen in demselben Maße an Umfang und Gewicht zunehmen, in dem die Quellenüberlieferung Probleme aufwirft. Auch wenn die Einleitung eine Untersuchung nicht ersetzen kann, wird man von ihr doch verlangen müssen, daß sie dem Leser ausreichende hermeneutische und analytische Hilfestellungen gibt und die Grenzen und Möglichkeiten des Materials an Beispielen aufzeigt. Angesichts der spezifischen Probleme, die die Überlieferung im vorliegenden Fall aufwirft, erscheint es zudem notwendig, den institutionellen und politischen Bedingungsrahmen zu skizzieren, in dem sich die Sozial- bzw. Arbeiterpolitik vollzog, und die Handlungsabläufe und sozialen Prozesse zu kennzeichnen, denen die Dokumente zuzuordnen sind.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den Forderungen, die an eine Einleitung zu stellen sind, gerecht zu werden. Gerade angesichts der oft anzutreffenden Materialfülle und der komplexen Struktur der Quellen ist namentlich für die sozialhistorische Erforschung des 20. Jahrhunderts immer wieder die Forderung nach Modellen, Begriffssystemen und anderen systematischen Hilfsmitteln zur Strukturierung des Stoffes erhoben worden²⁷. Auch Mason fühlt sich diesem Ansatz verbunden, ohne freilich ein Modell oder Begriffssystem als heuristisches Mittel vorzustellen oder eine entsprechende präzise Fragestellung zu entwickeln. Er begnügt sich vielmehr damit, den Stoff unter „klare“, aber wie er selbst einräumt, „grobmaschige Kriterien der Relevanz“ zu stellen²⁸. Die Konzeption einer „politischen Sozialgeschichte“, die dies leisten soll, wird als Analyse der Klassenverhältnisse vorgestellt und mit der Überzeugung verbunden, „daß die Klassenverhältnisse das konstitutive Moment in der Geschichte der kapitalistischen Industriestaaten bilden und daß – wo ihnen nicht Rechnung getragen wird – auch die wesentlichen politischen und ideologischen Erscheinungen unbegreifbar bleiben bzw. Fehldeutungen zum Opfer fallen müssen“²⁹. Im Grunde geht es Mason bei dieser Konzeption um den Nachweis, daß der Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und dem „Herrschaftssystem“ im Dritten Reich fortbestand, und um

²⁷ Als Beispiel einer Darstellung, die mit einem vergleichbaren Gegenstand befaßt ist: Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918*, Göttingen 1973, S. 3 ff.

²⁸ Dokumentation, Vorwort, S. XXI.

²⁹ T. W. Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft* (im folgenden: Einleitung), Opladen 1977, S. 8. Die folgenden Bemerkungen beziehen sich ausschließlich auf diese ergänzte und überarbeitete Buchform der Einleitung.

die Analyse der Kampfformen, in denen er sich vollzog. Da Mason soziologisch exakte Begriffe in diesem Zusammenhang nicht einführt, bleiben beide Kontrahenten, was ihre soziale und politische Zugehörigkeit angeht, undeutlich. Unter Arbeiterklasse werden in sehr pragmatischer, den unscharfen Konturen des Quellenmaterials angepaßter Weise sowohl die Industriearbeiter im engeren Sinne als auch alle Lohnabhängigen verstanden, die in der Landwirtschaft, der Kleinindustrie, in Handel und Handwerk arbeiteten. Sie ist im weitesten Sinne als „Objekt“ der kapitalistischen Entwicklungsgesetze definiert und wird zudem, wie Mason in Anlehnung an Thompson formuliert, als „Verhältnis des Konfliktes und des Kampfes erfahren“³⁰. Ihren Gegenpol bildet in noch unbestimmterer Eingrenzung das „Herrschaftssystem“, das sich für Mason sehr problemlos aus den „herrschenden Klassen“ und dem „Staat“ zusammensetzt. Die komplizierten Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Dritten Reich werden so durch die Kategorie des gemeinsamen Klasseninteresses relativiert, eine Auffassung, die sich auf eine eigenwillige Einschätzung der Machtergreifung gründet³¹. Die Auseinandersetzung zwischen den Klassenkampffronten vollzieht sich in zwei Formen, im „unorganisierten, alltäglichen Kampf der Arbeiter um Löhne und Arbeitsbedingungen“ und als „Repression seitens der herrschenden Klassen und des Staates“. Sozialpolitik ist in diesem Kontext „Klassenkampfführung von oben“³².

Diese „Relevanzkriterien“, die die Struktur des Quellenmaterials tatsächlich nur „grob“ widerspiegeln, im Laufe einer sorgfältigen historischen Analyse aber durchaus noch an Konkretion und Genauigkeit gewinnen könnten, werden nun von Mason auf den allgemeinen Verlauf der Sozialgeschichte der Jahre 1933-1939 angewandt, deren „Hauptentwicklungslinien“ er „sichtbar“ machen will³³. Wer deshalb in dieser Einleitung einen methodisch und sachlich eng auf die Quellen bezogenen Problemaufriß sucht, wird enttäuscht sein. Sie bezieht sich vielmehr

³⁰ Einleitung, S. 8 f., vgl. E. P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, London 1963, S. 9 ff.

³¹ Danach überwandten die traditionellen Eliten 1932/33 ihre Vorbehalte gegenüber der NSDAP, so daß die Nationalsozialisten schließlich ihre „eigene spezifische Version“ des Kampfes gegen die Arbeiterklasse durchsetzen konnten, der „weite Kreise in Beamtentum, Industrie, Armee und Großgrundbesitz“ im Prinzip, wenn auch nicht in der Form, zustimmten. 1933 hatte die Arbeiterklasse deshalb „keinen einzigen Bündnispartner, weder im politischen noch im wirtschaftlichen Raum“. Das „nationalistische bürgerliche Deutschland“ stellte sich „geschlossen“ hinter das neue Regime, das zudem von einer „grundsätzlichen Konkordanz“ mit den Interessen der Großindustrie getragen wurde. Es ist zu bezweifeln, ob diese holzschnittartige Interpretation sehr viel zum Verständnis der Machtergreifung beiträgt und ob das an diesem Beispiel viel diskutierte Problem des Verhältnisses von Ökonomie und Politik so aus der „Sackgasse“ herausgeführt werden kann, in der der dogmatische Marxismus noch immer festgefahren ist.

Einleitung, S. 78 ff.; vgl. zudem Bracher/Schulz/Sauer, a. a. O., sowie die Kontroverse zwischen Mason, Eichholtz, Gossweiler und Czichon in: *Argument* 8 (1966) und 10 (1968).

³² Dokumentation, Vorwort S. XX.

³³ Ebenda, S. XXII f.

nur partiell auf denselben Zeitraum und auf dieselben Sachprobleme, mit denen uns die Dokumentation konfrontiert hat. Ihre Grundlage ist nur sehr begrenzt in den edierten Quellen wiederzufinden. Die in größerem Maßstab, als die Dokumentation zeigen kann, betriebenen Aktenstudien sowie frühere Untersuchungen des Autors³⁴ stützen die Einleitung von der Quellenbasis her freilich stärker ab, als aus den Anmerkungen immer deutlich wird. Angesichts der grossen Linien, die Mason zieht, kann es jedoch nicht ausbleiben, daß über weite Strecken bekannte Sachverhalte referiert werden.

Mason greift weit in die Vorgeschichte zurück, untersucht die für das Bewußtsein führender Nationalsozialisten konstitutive Rolle des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution 1918, analysiert das Verhältnis der NSDAP zur Arbeiterschaft in der Kampfzeit, schildert dann die Machtergreifung als „Neuordnung der Klassenverhältnisse“ und geht mit einer Beschreibung der Lage der Arbeiterschaft von 1933 bis 1936 dazu über, die Voraussetzungen der Sozialpolitik der folgenden Jahre zu umreißen, für deren Darstellung schließlich weniger als die Hälfte der Seiten verbleibt. Selbst hierbei werden noch neue Akzente gesetzt. So bemüht sich der Autor in den letzten Kapiteln darum, die Maßnahmen, die das Regime im Innern gegenüber der Arbeiterschaft traf, mit der außenpolitischen Krisenentwicklung zu verzahnen. Es ist notwendig, die Hauptlinien dieser weitgespannten, im Kontext der allgemeinen Geschichte des 20. Jahrhunderts vorgenommenen Deutung der Klassenverhältnisse kurz zu skizzieren, weil die Erkenntnisse, die Mason als Ergebnis seines Gesamtwerks vorlegt, hiervon nachhaltig beeinflusst worden sind.

Im Zeitalter des Imperialismus, so stellt Mason fest, produzieren die Klassenverhältnisse einen grundlegenden politischen Zielkonflikt zwischen der Möglichkeit militärischer Expansion und der Notwendigkeit, gleichzeitig den Ausbruch des offenen Klassenkampfes im Interesse der Systemerhaltung zu vermeiden, der ganz wesentlich darauf beruhe, daß die „Interessen und Traditionen der Arbeiterklasse mit den Erfordernissen eines Eroberungskrieges“ unvereinbar seien³⁵. Führende Nationalsozialisten hätten diesen Zielkonflikt nun auf dem Erfahrungshintergrund des Zusammenbruchs im November 1918 in Form der Dolchstoßlegende internalisiert und seither an einer Art Novembersyndrom gelitten. Mason setzt mit seiner Analyse hier an und ordnet die nationalsozialistische Sozial- und Arbeiterpolitik einem einzigen bestimmenden Interesse zu, der Suche nach „derjenigen innenpolitischen Konstellation, die bei dem angestrebten Ag-

³⁴ T. W. Mason, *National Socialist Politics Towards the German Working Class, 1925–1933*, Phil. Diss. Oxford 1971; ders., *Labour in the Third Reich 1933–1939*, in: *Past and Present* 33 (1966); ders., *Women in Germany, 1925–1940. Family, Welfare and Work*, in: *History Workshop – a Journal of Socialist Historians*, Nr. 1 und 2 (1976).

³⁵ Einleitung, S. 37.

gressionskrieg die Gefahr einer Wiederholung der Novemberrevolution auf ein Minimum reduzieren würde“³⁶.

So betrachtet mag es in der Konsequenz dieser Zielsetzung gelegen haben, daß sich die Nationalsozialisten 1933 zunächst der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse zuwandten. Die Klassensituation, die danach entstand, war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es dem Regime weder gelang, die strukturellen Voraussetzungen des Klassenkampfes zu beseitigen, noch die traditionellen Kampfformen der Arbeiterbewegung aus dem politischen und sozialen Leben auszumerzen. Der Klassenkampf wurde nicht aufgehoben, sondern nur transformiert und nun, – wie Mason in Anlehnung an Schoenbaum³⁷ formuliert, „unter der Hülle der nationalsozialistischen Ideologie“ ausgetragen³⁸.

Was dem Thema ‚Sozialpolitik im Dritten Reich‘ auf den folgenden Seiten gelegentlich ein wenig gewaltsam subsumiert wird, zielt deshalb in zwei Richtungen: auf der einen Seite soll gezeigt werden, daß es nach der Unterwerfung der Arbeiterklasse nicht zu der von den Nationalsozialisten erhofften Befriedung im sozialen Raum kam. Und in der Tat, in den Dokumenten wird vielfach berichtet, daß sich Resignation, Apathie und Unzufriedenheit unter den Arbeitern ausbreiteten, obgleich die Löhne in den Konjunkturindustrien und nach 1937 auch in den anderen Branchen stiegen. Diese Haltung blieb nicht auf die „notleidenden Gruppen“ beschränkt, sondern ergriff gerade auch jene Arbeiter, „denen der Rüstungsboom eine gewisse materielle Sicherheit und erhöhte Verdienste gebracht hatte“³⁹. Weit entfernt davon, dem Regime für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit dankbar zu sein, nahm die Arbeiterklasse nach Erreichen der Vollbeschäftigung ihre Position als Mangelware vielmehr konsequent wahr und setzte mit spontanen Streiks, passivem Widerstand und offen gezeigter Auflehnung höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durch. In der Deutschen Arbeitsfront (DAF) erwuchs ihr hierbei ein Bundesgenosse, der, – ohne eine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne zu sein – doch in einen gewissen Rollen- und Zugzwang geriet und zudem mit der Durchsetzung populistischer Forderungen seine Position im Machtgefüge des Dritten Reiches zu verbessern suchte.

Mason gibt ein anschauliches Bild davon, wie sich die gesellschaftlichen Konflikte in das Herrschaftssystem hineinverlagern und dort zu Kontroversen zwischen der DAF, den Parteiorganisationen auf der Gauleiterebene, dem Propagandaapparat und der Parteipresse einerseits und den industriellen, militärischen und staatlichen Aufrüstungsinteressen andererseits führen. Es erscheint freilich übertrieben, wenn er in diesem Zusammenhang eine „tiefe Spaltung“ im „Herrschaftssystem“ diagnostiziert. Eher mag man den permanenten innenpolitischen

³⁶ Ebenda, S. 17.

³⁷ David Schoenbaum, a. a. O., S. 336.

³⁸ Einleitung, S. 105.

³⁹ Ebenda, S. 157.

„Grabenkrieg“ mit der DAF als „systemadäquate Ausdrucksform des Klassenkonflikts“ begreifen können⁴⁰.

Dem Klassendruck von unten ist nun nach Ansicht Masons auf der anderen Seite eine Regierung ausgesetzt, die in einen grundlegenden Zielkonflikt verstrickt ist: sie will einen Eroberungskrieg vorbereiten und muß deshalb an einer Einengung des sozialen Bewegungsspielraums zugunsten der Rüstungsanstrengungen interessiert sein; sie muß sich aber auch der Loyalität der Massen versichern und einer Wiederholung der Novemberereignisse vorbeugen und wird deshalb à contre coeur zu sozialen Zugeständnissen gezwungen. Beide – Klassendruck und Zielkonflikt – verschärfen sich wechselseitig und gewinnen auf dem Hintergrund der überspannten Wirtschaftslage mit ihren vielfältigen Engpässen seit dem Sommer 1938 eine geradezu bestimmende, die Handlungsfähigkeit der Regierung determinierende Bedeutung. In dem Bestreben, widerstreitenden Zielen gerecht zu werden, und unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse löst sich jegliche Folgerichtigkeit politischen Handelns auf. Die Regierung wird zu sich widersprechenden und einander aufhebenden Maßnahmen getrieben, die Verwaltungspraxis ist von Order und Gegenorder, vom Hin und Her geprägt.

In diesem Zusammenhang spricht Mason von einer „allgemeinen Krise“⁴¹. Sie tritt zunächst als Arbeitskräftemangel und in Form anderer volkswirtschaftlicher Engpaßfaktoren in Erscheinung, gewinnt aber in dem oben skizzierten systematischen Zusammenhang eine neue Qualität; denn das Regime zeigt sich unfähig, eine grundsätzliche Lösung der Probleme in die Wege zu leiten, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse es daran hindern. Die Krise erweist sich so als „Krise des Regimes und seiner Politik“⁴². Mason hat also nicht in erster Linie die Akkumulation ökonomischer Schwierigkeiten im Auge, sondern das NS-Regime, das im Zielkonflikt verstrickt und dem Massendruck ausgesetzt nur noch bedingt handlungsfähig bleibt.

Das wirkt sich nun vor allen Dingen auf die Rüstungsanstrengungen aus. Die „gesellschaftlichen Verhältnisse in den Jahren 1937–1939“, so resümiert Mason seine Position, sind „nicht ausschließlich als Folge der forcierten Aufrüstung zu begreifen, sondern sie stellten auch selbst die größte Barriere gegen eine weitere Steigerung der Rüstungsproduktion dar“⁴³. So gelang es dem Regime nicht, die im Interesse der Rüstungsindustrie notwendigen Einschränkungen in den zivilen Sektoren durchzusetzen. Im Gegenteil: als die Rüstungsanstrengungen 1938/39 einem ersten Höhepunkt zustrebten, führten die damit verbundenen Einkommenssteigerungen zu einer ausgesprochenen Blüte der Konsumwirtschaft. Sie verstärkte den Druck auf den Arbeitsmarkt und andere Engpaßfaktoren und machte zusätzliche Importe für den zivilen Bedarf notwendig, kurz: sie verschärfte die

⁴⁰ Ebenda, S. 260 u. 262.

⁴¹ Ebenda, S. 221.

⁴² Ebenda, S. 214 f.

⁴³ Ebenda, S. 214.

bestehende Diskrepanz zwischen den Zielen der Expansion und den Möglichkeiten des Regimes, ihre Durchführung rüstungswirtschaftlich vorzubereiten. Da die Regierung nicht in der Lage war, eine Hierarchie in ihrer Zielsetzung herbeizuführen, entstand die widersprüchliche Struktur einer aufs höchste angespannten „sowohl Kriegs- als auch Friedenswirtschaft“, wie Mason in Abwandlung gängiger Topoi formuliert⁴⁴. Die Aufrüstung blieb infolge dessen hinter den strategischen Anforderungen zurück. „Selbst für Hitlers Blitzkriegstrategie“, so grenzt Mason sein Ergebnis von bekannten Forschungspositionen⁴⁵ ab, „reichte Deutschlands wehrwirtschaftliche Basis nicht aus“. Art und Umfang der Rüstung stellten das „unter den gegebenen Umständen“ bei „größtmöglichen Anstrengungen“ Erreichbare dar. Daß trotzdem „schwere wirtschaftliche Stockungen oder politische Erschütterungen“ vor dem Krieg und eine Niederlage gleich zu Beginn des Krieges ausblieben, mithin eine vorzeitige Katastrophe des Regimes vermieden werden konnte, schreibt Mason „rein kontingenten äußerlichen Faktoren“ zu: der Erbeutung von Arbeitskräften, Kriegsmaterial und Rohstoffen im Zuge der Expansion, den Rohstoff- und Getreidelieferungen der UdSSR, dem ‚phoney war‘ und der militärischen Schwäche der Gegner, der besseren Taktik der deutschen Kampfverbände und Hitlers Bereitschaft, ‚*va banque*‘ zu spielen⁴⁶.

Aufgrund seiner innenpolitischen Lähmung war das Regime seit Ende 1937 – darin mündet Masons Argumentation – in immer stärkerem Ausmaß auf von außen kommende Handlungsantriebe angewiesen, um wenigstens für jeweils kurze Momente und begrenzte Ziele die inneren Widerstände überwinden zu können und ein Stück Handlungsfähigkeit zu erlangen. Mason demonstriert dies – wenig überzeugend – an der Parallelität von außenpolitischer Krisenentwicklung und der etappenweisen Einführung der Dienstverpflichtung. Hitler habe jeweils auf die außenpolitische Krise „gewartet“, ehe er sich an die Verschärfung der

⁴⁴ Ebenda, S. 237 u. ö.

Von einer „friedensähnlichen Kriegswirtschaft“ war parallel zu den Ereignissen bereits die Rede. Vgl. den Leitartikel mit diesem Titel in: *Der deutsche Volkswirt*, 10. November 1939. Rolf Wagenführ übernahm diesen Begriff dann zur Kennzeichnung der Kriegswirtschaftsepoche von 1939 bis 1941: *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, hrsg. v. DIWF (1945), Berlin 1954, S. 25 ff. Im Gegensatz zu dieser Ansicht, die von den Untersuchungen des United States Strategic Bombing Survey im Grunde bestätigt wird (vgl. Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft*, S. 14 f.), gelangte René Erbe 1958 zu dem Urteil, die nationalsozialistische Wirtschaft vor dem Krieg sei eine „Kriegswirtschaft in Friedenszeiten“ gewesen; René Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958, S. 4. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich seither die Diskussion.

⁴⁵ Vor allem Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*, S. 14 ff.; ders. *Der Einfluß ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkriegs*, in: *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, hrsg. von Fr. Forstmeier/H.-E. Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 189 ff.

⁴⁶ Einleitung, S. 211 ff., 239 ff. u. 299.

Zwangsmaßnahmen im Innern „heranwagte“⁴⁷. In diesen Zusammenhang wird auch der Krieg eingeordnet, als Flucht nach vorn und als Voraussetzung für die Etablierung jener Kriegswirtschaftsmaßnahmen, die für das Regime im Frieden nicht zu haben waren. In „wirtschafts- und innenpolitischer Hinsicht war Kriegführung zur Voraussetzung weiterer Kriegsvorbereitungen geworden“, stellt Mason fest, ohne – wie Milward zu Recht einwendet – zu erklären, warum die Wirtschaftspolitik sich dann erst 1941/42 änderte⁴⁸. „Es entsteht aus dem Quellenmaterial der Eindruck“, so faßt Mason seine aus seiner Dokumentation nicht belegbaren Betrachtungen zusammen, „daß die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme sich derart verschärft hatten, daß sie der Regierung nur unter der Voraussetzung eines aus spezifischem Anlaß aufgeputzten Nationalismus überhaupt kontrollierbar erschienen, nur durch den Krieg zu ‚lösen‘ waren“⁴⁹.

3.

Mason läßt die Ergebnisse seiner umfangreichen Forschungsbemühungen zur Sozial- und Arbeiterpolitik des Dritten Reiches in die These einmünden, das nationalsozialistische Herrschaftssystem sei im Zuge der forcierten Aufrüstung in eine „allgemeine Krise“ geraten, die den Handlungsspielraum der Regierung seit dem Sommer 1938 zusehends verkürzte und sie zwang, eine permanente Flucht nach vorn anzutreten, die schließlich im Krieg endete. Der Kriegsausbruch wird in dieser Argumentation zum Indikator der Krise des Regimes. Die Dokumentation und die Buchform der Einleitung sollen damit einen Beitrag zur Klärung des Problems „innenpolitischer Kriegsursachen“ leisten⁵⁰ und sind in eine Forschungstradition gestellt, die seit zwei Jahrzehnten durch die Arbeiten von Fritz Fischer und Hans-Ulrich Wehler in Westdeutschland ganz außerordentlich belebt worden ist. Diese Forschungsrichtung hat sich zum Ziel gesetzt, die Analyse außenpolitischer Haupt- und Staatsaktionen aus dem Immanenzzusammenhang einer vorwiegend diplomatiegeschichtlichen Betrachtungsweise zu lösen und sich demzufolge den ökonomischen, sozialen und innenpolitischen Bedingungen und Bedingtheiten außenpolitischer Entscheidungen im weitesten Sinne zugewandt. Es ist verständlich, daß hierbei die Gefahr besteht, das Eigengewicht und die Eigendynamik außenpolitischer Entscheidungsvorgänge zu unterschätzen. Mason ist ihr in so hohem Maße erlegen, daß es nicht lohnend erscheint und seinem Werk auch nicht gerecht würde, wollte die Kritik hier ansetzen. Die Frage, die Mason aufgeworfen hat, ist sinnvoll – daran kann kein Zweifel bestehen –, aber so einfach nicht zu beantworten. Auch wenn man die Klassenverhältnisse im Kapitalis-

⁴⁷ Einleitung, S. 303.

⁴⁸ Ebenda, S. 306; Alan S. Milward, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 27.

⁴⁹ Ebenda, S. 287.

⁵⁰ Ebenda, S. 305.

mus für konstitutiv hält, und selbst wenn man die Vielfalt der unter diesem Aspekt analysierbaren Gesellschaftsbereiche so grobmaschig auf zwei Kontrahenten reduziert, wie Mason das offenbar in bewußter Vereinfachung tut, lassen sich aus einer solchen Analyse für den außenpolitischen Handlungsspielraum des NS-Regimes am Vorabend des Krieges allenfalls Anhaltspunkte sehr allgemeiner Art gewinnen. Bei dem Versuch, den Ausbruch des Krieges *hic et nunc* zu begründen, ist sie aber vollends überstrapaziert.

Läßt man den Ausbruch des Krieges als Indikator der Krise des Regimes einmal beiseite, so gewinnt eine andere These, die dieser etwas zu leichtfertigen Schlußfolgerung vorgeschaltet ist, an Bedeutung: die Aufrüstung vor dem Zweiten Weltkrieg sei hinter den Erfordernissen jeden Krieges, auch des Blitzkrieges, zurückgeblieben und das Regime hätte es nur dem Glück zu verdanken gehabt, daß seine Fragilität sich nicht im ersten militärischen Zusammenstoß schon erwies. Verbindet man den Begriff des Handlungsspielraums der NS-Regierung mit dieser These und fragt demzufolge nach den die Aufrüstung hemmenden Faktoren, so gewinnt man für den Krisenbegriff immerhin einen Indikator. Er ist allerdings in mancher Hinsicht problematisch.

Die These, die Kriegsvorbereitungen des Regimes seien ungenügend gewesen, ist freilich nicht neu. Ihre Ursprünge reichen bis in das Jahr 1945 zurück. Die erste von den Amerikanern im Rahmen des United States Strategic Bombing Survey (USSBS) vorgenommene Analyse der deutschen Kriegswirtschaft⁵¹ führte bereits zu der Feststellung, daß die Nationalsozialisten das deutsche Kriegspotential bis zum Jahre 1942 nicht voll beanspruchten und im Vertrauen auf das Blitzkriegskonzept einen langen Krieg weder militärisch noch rüstungswirtschaftlich vorbereitet hatten. Mit äußerster Vorsicht wurde angedeutet, daß hierbei politische Rücksichten auf die Bevölkerung eine Rolle gespielt haben könnten.

Burton H. Klein, selbst Mitglied des USSBS-Stabes, nahm dieses Thema in der Folgezeit auf und untersuchte die das Rüstungsvolumen limitierenden Faktoren⁵². Dabei geriet die ökonomische, soziale und politische Situation Deutschlands am Vorabend des Zweiten Weltkrieges in den Blick. Klein zog die „Nazi economic organizational ability“ in Zweifel und begriff das Ergebnis der Rüstungsanstrengungen vor dem Krieg als Resultante widerstreitender gesellschaftlicher Interessen und rivalisierender Interessengruppen. Es habe nicht nur eine zentrale Planungs- und Koordinationsinstanz gefehlt, sondern Hitler sei auch nicht in der Lage (unable) gewesen, die Forderungen der Partei und der DAF den Aufrü-

⁵¹ United States Strategic Bombing Survey, Summary Report (European War), Washington 1945. Wiedergabe der hier herangezogenen Passagen bei: Erich Welter, Falsch und richtig planen. Eine kritische Studie über die deutsche Wirtschaftslenkung im zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1954, S. 150 ff.

⁵² Burton H. Klein, Germany's Preparation for War. A Reexamination; in: American Economic Review 33 (1948), S. 56 ff.; ders., Germany's Economic Preparations for War, Cambridge/Mass. 1959, S. 78 ff.

stungsinteressen unterzuordnen. Neben den „pressure groups“ machte Klein vor allem den hohen Stand der Konsumgüterproduktion für die unzulänglichen Kriegsvorbereitungen verantwortlich. Während die deutsche Wirtschaft es sich bis 1936 habe leisten können, die Produktion sowohl in den zivilen als auch in den Rüstungssektoren zu steigern, sei dies in der Vorkriegszeit ohne Konflikt nicht mehr möglich gewesen. Eine Steigerung der Rüstungsproduktion war nur noch zu haben, wenn man bereit war, die Produktion in den zivilen Sektoren einzuschränken. Klein stellt nicht nur diesen Zielkonflikt heraus, sondern auch die fehlende Bereitschaft (unwillingness) der politischen Führung, ihn zu lösen und durchgreifende Maßnahmen wie Steuererhöhungen, Importbeschränkungen für Konsumgüter und Zwangsverpflichtungen für Arbeiter zu verfügen.

Die Ergebnisse Kleins sind inzwischen durch eine Reihe von Spezialstudien präzisiert und modifiziert, gelegentlich auch in verblüffender Weise bestätigt worden. So ist heute unbestritten, daß die Effizienz der organisatorischen und planerischen Kriegsvorbereitungen hinter den Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft und hinter den Planzielen der politischen Führung zurückblieb. Wohl am deutlichsten arbeitete dies Petzina am Beispiel des Vierjahresplans heraus⁵³. Er machte namentlich auf den Unterschied zwischen der praktizierten und zwangsläufig zu Friktionen führenden Teilplanung und den Möglichkeiten einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung aufmerksam, die Speer nach 1942 anstrebte, ohne sie allerdings zu erreichen. Petzina betonte aber auch, daß angesichts der Ausgangspositionen und in der geringen zur Verfügung stehenden Zeit im Vierjahresplan Beachtliches geleistet wurde und daß es bedenklich ist, die deutschen Rüstungsanstrengungen an abstrakten, vom gesellschaftlichen Bedingungsrahmen losgelösten Kategorien zu messen.

Seit die Forschung herausgearbeitet hat, daß das Dritte Reich weit davon entfernt war, ein monolithischer totaler Staat zu sein⁵⁴, wuchs auch das Verständnis für den zwiespältigen Charakter der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen. Die Diskussion bewegte sich dabei zwischen den Polen der noch von der Totalitarismustheorie gezeichneten Formel „Kriegswirtschaft in Friedenszeiten“ und ihrem Gegenpol „Friedensähnliche Kriegsindustrie“⁵⁵.

⁵³ Dieter Petzina, Autarkiepolitik.

⁵⁴ Dieser Eindruck war sehr wesentlich infolge der propagandistischen Eigendarstellung des Dritten Reiches im westlichen Ausland entstanden und hatte sich im Zeichen der Totalitarismustheorie verfestigt. Erste Ansätze zur Auflösung dieses Bildes schon bei Franz Neumann, *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, New York 1942 (dtisch. Köln 1977) und Hugh R. Trevor-Roper, *The Last Days of Hitler*, New York 1947 (dtisch. Zürich 1948). Sodann: Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1960; Bracher/Sauer/Schulz, a. a. O.; Hans Mommsen, *Beamtentum*; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*.

⁵⁵ Vgl. hierzu Anm. 44. Einen Überblick über die Diskussion gibt Berenice A. Carroll, *Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich*, The Hague 1968, S. 179 ff.

Eine in diesem Kontext bemerkenswerte Synthese der Probleme hat Alan S. Milward vorgenommen⁵⁶. Er geht davon aus, daß Deutschland zwar 1939 auf einen langen Krieg nicht vorbereitet und die Wirtschaft 1937–39 eindeutigen Kriegsprioritäten nicht unterworfen war, aber dennoch ein beträchtliches und für Hitlers Blitzkriegstrategie jedenfalls ausreichendes Rüstungsniveau erreicht worden sei. Die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse prägten seiner Ansicht nach weniger das Ausmaß der Aufrüstung als vielmehr die Entscheidung darüber, mit welcher Strategie und mit welcher Art von Rüstungsvorbereitung Deutschland Krieg führen wollte. Hitler sei mit der Blitzkriegstrategie, die Milward nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch versteht, eine optimale Synthese gelungen: denn sie habe die allgemeinen ökonomischen Faktoren, mit denen jede Aufrüstung in Deutschland zu rechnen hatte, mit den politischen und sozialen Strukturen des Dritten Reiches, den bestehenden technischen Möglichkeiten und den Bedingungen verbunden, mit denen Deutschland bei kurzen Feldzügen gegen seine europäischen Nachbarn zu rechnen haben würde. Milward zögert nicht, die deutschen Anfangserfolge im Zweiten Weltkrieg als Beglaubigung seiner These heranzuziehen. Erst als Deutschland gezwungen wurde, die Blitzkriegstrategie aufzugeben, „schlug es eine . . . verlorene Schlacht“⁵⁷.

Milwards Deduktion setzt eine Folgerichtigkeit im Handeln und eine Regierungstüchtigkeit der politischen Führung des Dritten Reiches voraus, die aufgrund der bisherigen Forschungen zweifelhaft ist. Seine Argumentation bezeichnet aber dennoch in einem sehr wesentlichen Punkt den Stand der Diskussion, die unabhängig von den beiden kontroversen Richtungen zu dem einhelligen Resultat führt, daß Art und Weise der deutschen Aufrüstung nicht nur mit den spezifischen ökonomischen Voraussetzungen des rohstoffarmen Deutschland zu tun haben, sondern auch in ganz besonderer Weise von den sozialen und politischen Verhältnissen im Dritten Reich geprägt sind. Die Frage allerdings, ob die gesellschaftlichen Verhältnisse 1936–39 als Barriere des Aufrüstungstempos und des Umfangs der Kriegsvorbereitungen wirkten und den rüstungswirtschaftlichen Spielraum der Regierung Hitler zusehends einengten, oder ob vielmehr bis zuletzt noch ungenutzte gesellschaftspolitische Handlungsspielräume zur Verfügung standen, läßt sich, das hat die bisherige Forschung ebenfalls gezeigt, nicht en passant beantworten und macht eigene Untersuchungen nötig. Darin, daß Mason dies erkannt hat, liegen Berechtigung und Verdienst seines Versuchs.

Wenn es ein Limit für das Maß der deutschen Aufrüstung gab, auch diese Erkenntnis der bisherigen Forschung nimmt Mason auf, kann es aber nicht primär in ökonomischen Faktoren gesucht werden. Trotz auftretender Engpässe waren die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, das zeigt der hohe Stand der zivilen Pro-

⁵⁶ Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft*, S. 9 ff.; ders., *Der Einfluß ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkriegs*, S. 189 ff.; ders., *Der Zweite Weltkrieg*, S. 38.

⁵⁷ Alan S. Milward, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 51.

duktion am Anfang des Krieges. Die entscheidende Frage lautet also: konnte Nazi-Deutschland 1937–39 eine Einschränkung des zivilen Bedarfs nicht herbeiführen oder wollte es dies nicht? Kann man davon sprechen, daß das Regime sich in einer Krise befand, die es hieran hinderte, oder hielten die Nationalsozialisten eine solche Entscheidung zur Verwirklichung ihrer Ziele nicht für nötig?

Die Frage kann im Rahmen dieser Betrachtung nicht untersucht, eine Antwort nicht gegeben werden. Es ist aber gleichwohl möglich, im Anschluß an den bisherigen Stand der Forschung einige Überlegungen darüber anzustellen, was der Krisenbegriff und was Masons Ansatz in diesem Zusammenhang leisten.

Obgleich Mason den Krisenbegriff umgangssprachlich und ohne klare Abgrenzung verwendet, lassen sich doch zwei Bereiche ausmachen, deren Entwicklung er relativ konsequent als krisenhaft bezeichnet: (1) Er hält die Instrumentarien und die Effizienz, mit der das nationalsozialistische Regime Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieb, angesichts der politischen Zielsetzung, die es verfolgte, für unzureichend. (2) Diese Diagnose verbindet er mit dem Versuch, soziale Desintegrationsprozesse nachzuweisen, die in rudimentären Formen des Klassenkampfes bei der Arbeiterschaft in Erscheinung traten und sich von dort aus in das politische System hinein fortsetzten.

Beide Bereiche lassen sich in einem vorläufigen Begriffsgitter verbinden, das es – orientiert an dem Begriff der Systemkrise – erlaubt, in dem komplexen Zusammenhang zwischen politischen und sozialen Desintegrationsprozessen Ansatzpunkte für eine Analyse von Interdependenzstrukturen zu markieren⁵⁸. In modernen Gesellschaften bildet sich in Form des politisch-administrativen Systems ein Steuerungszentrum aus, das die Wirtschaft, das ökonomische Subsystem, mit Steuerungsleistungen zu versorgen hat, die dem gesellschaftlich vermittelten Erwartungshorizont genügen und das für die Durchsetzung der politischen Zielsetzung erforderliche Maß an fiskalischer Abschöpfung sicherstellen. Treten in diesem Bereich Störungen auf, die sich als dauerndes Defizit an Steuerungsleistung des politisch-administrativen Systems entpuppen, kommt es zu Dysfunktionen in Teilbereichen des ökonomischen Subsystems, deren Interdependenz kumulierend wirkt. Die Gefahr einer Subsystemkrise besteht, sofern sich das System durch eine Ausdehnung der Steuerungsinstrumente nicht zu stabilisieren vermag. Die von einer Akkumulation von Dysfunktionen ausgehende Minderung des

⁵⁸ Zum Krisenbegriff liegt eine umfangreiche, der Systemtheorie verpflichtete Literatur vor. Vgl. die zahlreiche Literaturhinweise enthaltenden Beiträge in: Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung, hrsg. von Martin Jänicke, Opladen 1973. Der Historiker kommt freilich, wendet er diese politologische Begrifflichkeit auf seinen Gegenstand an, rasch an die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit. An einen sozialwissenschaftlich brauchbaren Krisenbegriff, darauf hat Habermas hingewiesen, muß deshalb die Forderung gestellt werden, daß er die vorwiegend objektivistische Perspektive der Systemtheorie überwindet und Krisen nicht nur als objektive Vorgänge, sondern auch als Bewußtseinsprozesse erfaßt. Vgl. Jürgen Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1973, S. 11 ff.

Vertrauens in das Funktionieren des politisch-administrativen Systems fällt mit der Verminderung des zur Verteilung gelangenden Sozialprodukts und zurückgehenden sozialstaatlichen Leistungen zusammen. Das politisch-administrative System vermag seinen Verpflichtungen gegenüber dem soziokulturellen Subsystem nicht mehr nachzukommen. Die Enttäuschung von Erwartungshaltungen wird als sozialer Desintegrationsprozeß manifest, führt zu sozialen Spannungen, die sich zu Konflikten steigern können und wirkt vermittelt durch die Erschütterung der den Einzelnen in seiner sozialen Gruppe umgebenden Lebenswelt als Entzug der Massenloyalität auf das politisch-administrative System zurück. Überspringen solche Prozesse die engen Grenzen einzelner sozialer Gruppen, gewinnen sie allgemeingesellschaftliche Konturen, wird ein Krisenzyklus sich akkumulierender Subsystemkrisen in Gang gesetzt. Eine Systemkrise droht.

(1) Es ist unbestritten, daß das nationalsozialistische Regime über ein bis dahin nicht gekanntes Maß von Instrumenten für eine staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik verfügte. Sie waren zur Überwindung der Folgen der Weltwirtschaftskrise etabliert worden, zum Teil schon vor der Machtergreifung, zum Teil in den ersten Jahren des Dritten Reiches. Als die vielfältigen Engpässe, die sich Ende 1936 im Zuge der forcierten Aufrüstung einstellten, dazu zwangen, volkswirtschaftliche Prioritäten zu setzen, wurden sie in veränderten Funktionszusammenhängen wirksam und durch die Etablierung neuer Instrumente ergänzt⁵⁹.

Die Arbeiterpolitik fällt aus diesem allgemeinen Trend nicht heraus, wenn gleich der Einschnitt des Jahres 1933 hier selbstverständlich bedeutender war. Auch wenn man das Hin und Her der einzelnen Maßnahmen der Arbeiterpolitik betont und Unentschlossenheit unterstellt, ergibt sich als Resultate der Gesetze, Erlasse und Verordnungen eine kontinuierliche Verschärfung bzw. Vervollständigung der Zwangsinstrumente des Staates gegenüber der Arbeiterschaft. Den Anfang machte die Zerschlagung der Gewerkschaften und der politischen Organisationen der Arbeiterschaft. Dies war zwar nicht die Lösung des Problems der ‚bargaining power of labour‘, wie gelegentlich behauptet worden ist⁶⁰, verlieh dem Staat aber eine Macht über die Lohnpolitik, die im Kapitalismus einmalig ist. So gelang es, anfänglich durch die Arbeitslosigkeit begünstigt, die niedrigen Tariftlöhne aus der Weltwirtschaftskrise in die Konjunktur hinüberzuretten. Die sich öffnende Schere zwischen den realen Löhnen, die das Krisenniveau nur lang-

⁵⁹ Gerhard Kroll, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958, S. 407 ff., 457 ff., 525 ff., 539 ff.; René Erbe, a. a. O., S. 9 ff.; Dieter Petzina, *Autarkiepolitik*, S. 153 ff.; ders., *Grundriß*, S. 743 ff.; vgl. auch Gustav Stolper, *Deutsche Wirtschaft seit 1870*. Fortgeführt von Karl Häuser und Knut Borchardt, Tübingen 1966, S. 143 ff. Die in diesem Buch enthaltene, von Stolper 1940 in den USA getroffene Feststellung, die Weimarer Republik habe den Nationalsozialisten eine „Wirtschaftsverfassung, die einem durchgebildeten Staatssozialismus nahe war“, hinterlassen, und die Regierung Hitler habe die „von ihren Vorgängern geschmiedeten Werkzeuge“ nur für ihre Zwecke zu benutzen brauchen, ist überpointiert, aber typisch für das Bild, das im westlichen Ausland entstanden war.

⁶⁰ René Erbe, a. a. O., S. 89.

sam verließen, und den Unternehmergewinnen, die sich ungleich dynamischer nach oben bewegten, wirkte sich voll zugunsten der Aufrüstung aus. Die restriktive Lohnpolitik wurde durch die sukzessive Einschränkung der Freizügigkeit ergänzt. Vor allem der Mangel an Arbeitskräften, der seit 1936 spürbar war, bot Anlaß zu vielfältigen Interventionen auf dem Arbeitsmarkt. Im Juni 1938 führte man die Teildienstverpflichtung und im Februar 1939 die umfassende Dienstverpflichtung ein. Am Ende stand die vollständige Militarisierung der Arbeitswelt. Man sprach von „Arbeitsschlacht“, von „Arbeitseinsatz“, vom „Soldaten der Arbeit“, womit der Status des Arbeiters angemessen beschrieben ist, „da er ebenso gut versorgt und schlecht bezahlt, reglementiert und vollbeschäftigt war wie der Angehörige irgendeiner Armee in Friedenszeiten“⁶¹.

Die ‚Steuerungsleistungen‘, mit denen das politisch-administrative System das ökonomische Subsystem im Spätkapitalismus zu versorgen hat, waren also nicht durch die Anzahl der Instrumente und die Möglichkeiten des Regimes, sie zu erweitern, begrenzt. Eine andere und sehr viel schwerer zu beantwortende Frage ist, ob mit den Instrumenten dieser – wie man zeitgenössisch sagte – „gelenkten Wirtschaft“ Steuerungsleistungen erbracht wurden, die den Aufrüstungszielen des Regimes entsprachen und gleichzeitig in der Lage waren, ‚Subsystemkrisen‘ im ökonomischen Bereich zu vermeiden, die leicht akkumulieren und zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Krisenentwicklung werden können.

Die im Interesse des Aufrüstungsziels erbrachten Steuerungsleistungen sind immer wieder an den Daten der volkswirtschaftlichen Entwicklung abgelesen worden. Sie zeigen, daß es dem Regime offenbar gelang, eine wirksame Investitionslenkung auszuüben und die im Interesse der Aufrüstung liegende „tendenzielle Umschichtung“ von der Verbrauchs- zur Produktionsgüterindustrie zu erreichen⁶².

Unterhalb dieser Ebene allgemeiner volkswirtschaftlicher Trends sieht das Bild freilich weniger eindeutig aus. Für die Probleme, die 1936/37 überraschend auftraten und zu unvorhergesehenen Schwierigkeiten führten, besaß man trotz des umfangreichen wirtschaftspolitischen Instrumentariums kein Konzept und experimentierte mit verschiedenen Lösungsversuchen, ohne zu einem letztlich befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Die Rohstofflenkung etwa war ein solches Problemgebiet und blieb es bis 1942⁶³. Der Übergang von einer vornehmlich mit indirekten Instrumenten gesteuerten Wirtschaft zur direkten Lenkung, die infolge der verzerrten Nachfragestruktur in immer mehr Teilbereichen notwendig wurde, vollzog sich nicht reibungslos. Eine eindeutige Abkehr von marktwirt-

⁶¹ David Schoenbaum, a. a. O., S. 129; zu den Maßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft vgl. Timothy W. Mason, Einleitung, S. 147 ff., 215 ff., 269 ff.

⁶² Dietmar Petzina, Grundriß, S. 753.

⁶³ Johann Sebastian Geer, Der Markt der geschlossenen Nachfrage. Eine morphologische Studie über die Eisenkontingentierung in Deutschland 1937–1945, Berlin 1961, S. 39 ff., 127 ff.; Dieter Petzina, Autarkiepolitik, S. 153 ff.

schaftlichen Instrumenten und Methoden und eine eindeutige Zuwendung zu planwirtschaftlichen Lenkungsmethoden fand nicht statt. Was sich als nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in den Vorkriegsjahren herauskristallisierte, war eine Mischform, in der markt- und planwirtschaftliche Elemente vielfach miteinander verwoben waren. Die Bezeichnungen, die hierfür gefunden wurden, – man spricht von „Kommando-, Befehls- oder Programmwirtschaft“⁶⁴ – versuchen zweierlei auszudrücken: den experimentellen kurzfristigen Charakter und die punktuelle Ausrichtung einer mit höchster staatlicher Macht ausgestatteten Politik. Die Nationalsozialisten bedienten sich ohne jede prinzipielle Ausrichtung pragmatisch der Mittel, die den geringsten Aufwand und den größten Effekt versprachen. Geplant wurde, wenn überhaupt, ad hoc und nur für Teilbereiche. Man war jederzeit bereit, die verfügbaren Kräfte an einem Schwerpunkt einzusetzen und mit den Ressourcen Raubbau zu betreiben. Auf lange Sicht oder Dauer war keine der Maßnahmen berechnet. Außerordentliche Situationen, meistens durch das Regime selbst herbeigeführt, dienten zur Begründung außerordentlicher Maßnahmen.

Die Gründe hierfür sind oft erörtert worden. Die „charismatische Herrschaft“ – so ist in einem fruchtbaren Denkansatz herausgestellt worden⁶⁵ – strebe im Gegensatz zur rationalen und traditionellen Herrschaft keine Dauerlösungen von Problemen an, sondern sei vielmehr um der immer erneuten „Bewährung des charismatischen Führers“ willen auf die einmalige Not- und Krisenlage ausgerichtet. Sie dürfe dem Alltags-, dem Normalzustand nicht zu Geltung und Dauer verhelfen.

Die Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung scheint rationale Planung tatsächlich nur begrenzt zugelassen zu haben. Der Herrschaftsstil des Regimes widersprach dem modernen Staatsgedanken, negierte den „rationalen Anstaltsstaat“⁶⁶. „Die Leute wissen ja im Grunde gar nicht, was ein Staat ist“, notierte von Hassell kurz vor dem Zweiten Weltkrieg mit eindeutigem Bezug auf die regierende Nazi-Clique in sein Tagebuch⁶⁷. Der „Prozeß permanenter Zellteilung“, dem die Verwaltung mit der Schaffung immer neuer Sondervollmachten und Oberster Reichsbehörden ausgesetzt war⁶⁸, der Kompetenzwirrwarr, der

⁶⁴ Die Bezeichnungen „Kommando- und Befehlswirtschaft“ wurden von Röpke und Adolf Weber geprägt. Ihnen folgend, spricht Petzina von „Kommandowirtschaft“; Petzina, Autarkiepolitik, S. 11. Vgl. auch Johann Sebastian Geer, a. a. O., S. 162; Geer selbst spricht von „Programmwirtschaft“ (S. 121 f.).

⁶⁵ Max Webers Modell der „charismatischen Herrschaft“ wird von Wolfgang Sauer auf den Nationalsozialismus angewandt. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, in: Bracher/Schulz/Sauer, a. a. O., S. 689 f.

⁶⁶ Hans Mommsen, a. a. O., S. 122.

⁶⁷ Zit. bei David Schoenbaum, a. a. O., S. 286.

⁶⁸ Martin Broszat, a. a. O., S. 345.

so entstand, führte zu Rivalitäten, zu Widersprüchen, zum Hin und Her der Verwaltungspraxis.

Es bleibt angesichts dieses Forschungsbefundes zweifelhaft, ob die Steuerungsleistungen des Regimes seinen Aufrüstungszielen gerecht wurden. Von ihnen gingen zwar unverkennbar trendändernde Wirkungen auf den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß aus, ihr Funktionieren war aber Störungen ausgesetzt, die im politisch-administrativen System selbst entstanden. Sie hatten mit der Tatsache zu tun, daß Administration und politische Führung weit entfernt davon waren, ein homogenes System zu bilden, sondern vielmehr ein hohes Maß gegenläufiger Steuerungsimpulse produzierten, die eine kontinuierliche Steuerungsleistung verhinderten.

Die Steuerungskapazität scheint trotzdem ausgereicht zu haben, um Subsystemkrisen im ökonomischen Bereich zu vermeiden. Einer der Gründe hierfür war paradoxer Weise die Inhomogenität des politisch-administrativen Systems. Sie produzierte offenbar nicht nur gegenläufige Steuerungsimpulse, sondern auch sekundäre Stabilisierungen.

Eine solche sekundäre Stabilisierungsfunktion übte die traditionelle Ministerialbürokratie aus. Schoenbaum hat die Motivmischung ihrer halb volens halb nolens zur Disposition des Regimes gestellten Mitarbeit trefflich beschrieben: „Im Vertrauen auf ihre Unersetzlichkeit, eingeschüchtert von den Aussichten eines Widerstandes, aufgewachsen in der Tradition positivistischer Legalität und empfänglich für das Argument des ‚geringeren Übels‘, blieben die Beamten dank ihrer eigenen Kapitulation auf ihren Posten.“⁶⁹ Ihre Funktion als Stabilisator übten sie auf zweierlei Weise aus. Auf der einen Seite verwandelten sie die Willensimpulse der politischen Führung in geltende Rechtsnormen. Broszat hat darauf verwiesen, daß der Führerwille „seiner Natur nach gerade nicht Gesetz, sondern eben bloß Wille“ war⁷⁰. Er mußte zu seiner Verwirklichung erst noch in legale Bahnen gelenkt werden. Willensimpulse stellten sich bei näherem Zusehen dann gelegentlich als undurchführbar oder doch nur begrenzt ausführbar heraus. Hier öffneten sich Spielräume und Pufferzonen, die offenkundige Fehlimpulse der politischen Führung „verwandeln“ oder ins Leere laufen lassen konnten. Neben ihrer Rolle als „Filter der Führergewalt“⁷¹ spielte die Ministerialbürokratie eine andere: sie substituierte den Führerwillen. Mason bringt hierfür in seiner Dokumentation ein treffendes Beispiel: Als der Bauarbeitermangel 1938 die Durchführung der sog. ‚staatspolitisch wichtigen‘ Bauten gefährdete und zu erheblichen Störungen in anderen Wirtschaftssektoren zu führen begann, wurde von verschiedenen Obersten Reichsbehörden eine Ordnung der öffentlichen Bauvorhaben nach ihrer Dringlichkeit vorgeschlagen. Hitler lehnte dies jedoch ohne

⁶⁹ David Schoenbaum, a. a. O., S. 288.

⁷⁰ Martin Broszat, a. a. O., S. 358.

⁷¹ Ebenda, S. 325.

Begründung ab. Um das Schlimmste zu verhüten, erließ deshalb der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Syrup, eine Anordnung, die die Freizügigkeit der Bauarbeiter einschränkte. Er konnte dies unter Rückgriff auf eine Ermächtigung aus dem Jahre 1934 tun, ohne Hitlers Genehmigung einzuholen⁷².

Die Sachprobleme entwickelten also gelegentlich ihre eigene Dynamik. Dies wurde dadurch begünstigt, daß die Gesetzesinitiative in vielen Fragen von minderer Wichtigkeit bei der Ministerialbürokratie lag, die „ungehemmt durch Kabinetts- oder Führerweisungen“ die „Gesetzgebungsmaschine auf vollen Touren laufen lassen konnte“. Die juristisch ungebildeten Nationalsozialisten in der politischen Führung dürften zudem die volle Tragweite mancher in Verordnungs- oder Gesetzesform gebrachter Sachverhalte gar nicht erkannt haben, so daß hier zusätzliche Spielräume für eine die staatliche Kontinuität wahrende Verwaltungs- und Verordnungstätigkeit entstanden⁷³. Insgesamt ergab sich das Bild eines „noch wohlorganisierten Chaos“, in dem die Beamten die Grundlagen staatlicher Ordnung zu bewahren suchten⁷⁴.

Neben diese „rudimentären Elemente einer alten, an Rechtsnormen und rationalen Regeln orientierten Ordnung“ trat nun, das hat Sauer schon richtig bemerkt, „ein System einmaliger, rein zweck- und situationsbedingter Maßnahmen“⁷⁵, die Bürokratien der sog. Sonderbevollmächtigten. Sie vereinten die Macht, die ihnen durch die Stellung des Sonderbevollmächtigten in Staat und Partei gegeben war, mit dem Können von Verwaltungsbeamten aus der traditionellen Ministerialbürokratie und Managern aus der Industrie, die sich ihnen zur Verfügung stellten. Da diese Fachleute ihre vorhergehenden Funktionen oft beibehielten, verknüpften sie die neuen Behörden sowohl mit dem traditionellen Verwaltungsapparat als auch mit der Industrie und schufen so eine beträchtliche horizontal wie vertikal wirksame Durchschlagskraft. Auch wenn man in den Behörden der Sonderbevollmächtigten an eine geregelte Verwaltung kaum dachte und langfristige Perspektiven vernachlässigte, ist ihnen eine hohe Effizienz nicht abzuspüren. Effizienz ist aber zugleich auch Steuerungsleistung. Solange das Regime immer neue Aufgaben stellte, und sich immer wieder andere Schwierigkeiten auftürmten, war die Möglichkeit, jederzeit eine Sonderbehörde zu bilden und als „Feuerwehr“ bereit zu stellen, von großem Wert. Die Fähigkeit des Regimes, ad hoc und problemorientiert neue Steuerungsinstrumente zu schaffen, garantierte eine Flexibilität, die geregelte Verwaltungstätigkeit und starre Bürokratien nicht gewährleisten. Da Sonderaktionen zudem leicht propagandistisch auszuwerten waren, konnte das Regime durch kurzfristiges Krisenmanagement den Eindruck erwecken, als verfüge es insgesamt über eine beträchtliche Kapazität der Krisen-

⁷² Dokumentation, S. 499 ff., 546 ff.

⁷³ Martin Broszat, a. a. O., S. 358 f.

⁷⁴ Hans Mommsen, a. a. O., S. 123.

⁷⁵ Sauer, a. a. O., S. 691.

bewältigung. Der Westwallbau, bei dem kurzfristig ca. eine halbe Million Arbeiter koordiniert an einer Großbaustelle zum Einsatz gebracht wurden, ist ein typisches Beispiel für diese Form improvisierter Effektivität und ihre propagandistische Nutzung. Mason, der sich der organisatorischen Leistung, die hierin zum Ausdruck kommt, nicht verschließt, bemerkt zu Recht, daß diese Aktionen innenpolitischen Blitzkriegen glichen. Grundsätzliche Struktur- oder Steuerungsprobleme waren auf diese Weise freilich nicht zu lösen⁷⁶. Im Gegenteil, es wurde immer mehr volkswirtschaftliche Substanz verschleudert.

Solange die Wechsel, die man auf die Zukunft zog, nicht eingelöst werden mußten, mochte man sich der Hoffnung hingeben können, die grundsätzlichen Probleme ließen sich vertagen. Voraussetzung hierfür war freilich, daß sie verschleiert werden konnten. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes und die Wahl der Instrumente sind von dieser propagandistischen Notwendigkeit mehr bestimmt worden, als von Mason bemerkt oder berücksichtigt wird. So hat Petzina zu Recht darauf verwiesen, daß die propagandistische Wirkung des Vierjahresplans im Ausland beträchtlich war und durchaus eine gewisse Absicherung der „außenpolitischen Handlungsfähigkeit des Regimes“ bewirkte⁷⁷. Es gibt keinen Grund, eine ähnliche Wirkung nicht auch im Innern anzunehmen. Das klassische Beispiel dafür, welchen Wert das Regime auf die propagandistische Fassade legte und mit welchem Erfolg es sie wahrte, stellt die Finanzpolitik mit ihrer Methode der geräuschlosen Finanzierung dar. Die dominante Rolle, die die Inflationsangst im Denken führender Nationalsozialisten gerade in der Phase der forcierten Aufrüstung spielte, wird durch die Reden Hitlers und Görings deutlich, die Mason in der Dokumentation wiedergibt, und ist schon sehr früh von der Forschung herausgestellt worden⁷⁸. Natürlich wurde die Inflationsangst, die die Nationalsozialisten mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes teilten, von ihnen auch taktisch genutzt, um die im Interesse der Aufrüstung liegende Stabilität der Löhne wirksam, wenn auch sachlich falsch, zu begründen. Doch das Bewußtsein dafür, wie gefährlich es in Deutschland war, an den traumatischen Inflationskomplex zu rühren, bestimmte die Finanzpolitik bis zuletzt. Selbst als das Vertrauen in die Stabilität der Währung sichtbar zu schwinden begann und sich durch die indirekte Kriegsfinanzierung Rückwirkungen auf das Leistungsniveau einstellten, behielt Hitler die bisherige Politik bei⁷⁹. Die politische Führung im Dritten Reich entschied sich immer wieder für den Eindruck vordergründiger Stabilität und Dynamik und schuf dabei immer neue Quellen für die Verschärfung der langfristigen Steuerungsproblematik.

⁷⁶ Einleitung, S. 289 ff.

⁷⁷ Dieter Petzina, Autarkiepolitik, S. 195.

⁷⁸ Burton H. Klein, a. a. O., S. 4 ff.; Gerhard Kroll, a. a. O., S. 577 ff.; für die Reden vgl. Dokumentation, S. 780 ff., 908 ff.

⁷⁹ Fritz Federau, Der Zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland, Tübingen 1962, S. 27 f.

Betrachtet man die Steuerungsleistungen des politisch-administrativen Systems im Dritten Reich, so könnte man von einem permanenten Krisenmanagement zur Vermeidung von Subsystemkrisen sprechen, die infolge der ständigen Überforderung der Gesamtwirtschaft in einzelnen Sektoren zu entstehen drohten⁸⁰. In dem Versuch, der jeweils drohenden Subsystemkrise Herr zu werden, scheinen die heterogensten Kräfte – nicht in der Absicht, aber im Resultat – zusammengewirkt zu haben. Die Dynamik, die dieses Krisenmanagement durch immer neue Aufgabenstellungen erforderlich machte, ist gelegentlich in das Bild einer „Flucht nach vorn“ gebracht worden⁸¹. Es mag sein, daß die Motive Hitlers und der engsten Führungsclique im Dritten Reich mit diesem Bild zu umschreiben sind. Mason hat damit zugleich die Feststellung verbunden, daß in der ständigen Überforderung aller Bereiche des Staatsapparates, der Industrie und des Militärs ein „starkes Moment bewußter Herrschaftstechnik“ gelegen habe; denn die „alten Obrigkeiten“ seien auf diese Weise nicht zur Ruhe gekommen⁸². Der Widerspruch zwischen dem Fluchtmotiv und dem bewußten Versuch, eine, wie einmal pointiert gesagt worden ist, „Stabilisierung durch Bewegung“⁸³ zustande zu bringen, ist freilich offenkundig. Es bleibt darüberhinaus zu fragen, ob die hiermit verbundene Verunsicherung im machtpolitischen Sinne nur stabilisierend wirkte. Die Fritsch-Blomberg-Krise und die erheblichen Bedenken, die gerade aus Kreisen der „alten Obrigkeiten“ gegen den Kriegskurs Hitlers und die forcierte Aufrüstung geltend gemacht wurden, weisen zumindest auch in eine andere Richtung.

(2) Guillebaud hat die nationalsozialistische Wirtschaft vor dem Zweiten Weltkrieg einmal mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Indeed, to imagine that the German economic machine works with a precise clockwork efficiency would imply a very false picture of the reality. The machine creaks and groans, but nevertheless moves with surprising rapidity; nearly everybody brumbles – but everybody conforms“⁸⁴.

„Nearly everybody brumbles – but everybody conforms“ – Mason nimmt die Arbeiterschaft hiervon aus. Ja, er deutet die Störungen im Steuerungssystem der Wirtschaft und die Dysfunktionen, die in vielen Bereichen sichtbar wurden, als „äußere Ausdrucksform des unlösbaren Klassenantagonismus“ und beschreibt sie sehr wesentlich als Folge nichtkonformer, klassenkämpferischer Verhaltensweisen der Arbeiterschaft⁸⁵. Damit wird das widersprüchliche und paradoxe Bild von

⁸⁰ Als „Krisenmanager“ hat sich denn auch einer der namhaftesten Nationalsozialisten im Wirtschaftsmanagement des Dritten Reiches empfunden; vgl. Hans Kehrl, *Krisenmanager im Dritten Reich*, Düsseldorf 1973.

⁸¹ Dieter Petzina, *Antarkiepolitik*, S. 11; T. W. Mason, *Einleitung*, S. 266.

⁸² *Einleitung*, S. 266.

⁸³ Sauer, a. a. O., S. 689.

⁸⁴ C. W. Guillebaud, *The Economic Recovery of Germany. From 1953 to the Incorporation of Austria in March 1938*, London 1939, S. 220; vgl. Gerhard Kroll, a. a. O., S. 548.

⁸⁵ *Einleitung*, S. 299.

Leistung und Fehlleistung, das die Forschung vom politisch-administrativen System im Dritten Reich bisher gekennzeichnet hat, auf eine sehr einfache Weise erklärt. Der generellen Aussage entspricht freilich nicht eine ebenso generelle Fragestellung und Untersuchungsanordnung. Mason nimmt keine Analyse der Klassenverhältnisse vor, sondern stellt der Arbeiterklasse die gesamte übrige Gesellschaft gegenüber, deren soziologische Vielfalt und politische Heterogenität hinter dem Schlagwort von den herrschenden Klassen und den Interessen des Besitzes verschwinden. Das Bild wird nur gelegentlich differenzierter, wenn die nicht klar abzugrenzenden soziologischen Randzonen der Arbeiterschaft in den Blick kommen. Es bleibt also eine Diskrepanz zwischen den allgemeinen Steuerungsproblemen, die ja keineswegs nur im Bereich der Arbeiter- und Sozialpolitik auftraten, und ihren klassenspezifisch gedeuteten Ursachen bestehen. Auch wenn eine Untersuchung der gesamtgesellschaftlichen Verursachungen den Rahmen einer Einzelstudie überschreitet und von Mason nicht geleistet werden konnte, ist doch festzustellen, daß der Zusammenhang zwischen Steuerungsproblemen und sozialen Desintegrationsprozessen gültig erst beschrieben werden kann, wenn die wesentlichsten Gesellschaftsbereiche anhand dieser Fragestellung untersucht worden sind.

Der Gesamtkomplex des Verhältnisses der Nationalsozialisten zur deutschen Gesellschaft ist von David Schoenbaum zum Gegenstand einer bisher unentbehrlichen Untersuchung gemacht worden⁸⁶. Schoenbaum knüpft an sehr frühe Deutungen emigrierter Zeitgenossen des Dritten Reiches an, die die Dynamik des Nationalsozialismus als revolutionär empfunden hatten⁸⁷, und beschreibt die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands von 1933 bis 1939 als „Sozialgeschichte einer Revolution“. Sie bestand für ihn darin, daß der Nationalsozialismus einerseits eine Ideologie verfocht, die sich gegen die bestehende bürgerliche und industrielle Gesellschaft wandte, und andererseits in seiner Politik mit eben dieser bürgerlichen Gesellschaft paktierte und sich der Möglichkeiten der Industrie und ihrer modernen Produkte bediente. Diese „doppelte Revolution“ habe darin ihren Ursprung, daß „selbst ein Krieg gegen die industrielle Gesellschaft in einem industriellen Zeitalter mit industriellen Mitteln geführt werden muß und daß es des Bürgertums bedarf, um das Bürgertum zu bekämpfen“⁸⁸.

Von dieser Fragestellung her gelingt Schoenbaum eine beachtenswerte Synthese des Widerspruchs zwischen der offenbar antimodernistischen Ideologie der Nationalsozialisten und der im Dritten Reich befolgten Wirtschaftspolitik, die

⁸⁶ David Schoenbaum, *Hitler's Social Revolution. Class and Status in Nazi Germany 1933-1939*, London 1967. Für die deutschsprachige Ausgabe, nach der hier zitiert wird, vgl. Anm. 13.

⁸⁷ Hermann Rauschning, *Die Revolution des Nihilismus*, Zürich 1938; Sigmund Neumann, *Permanent Revolution. The Total State in a World at War*, New York 1942.

⁸⁸ David Schoenbaum, a. a. O., S. 26.

ebenso offenbar Zweckmäßigkeitserwägungen folgte. Mit besonderer Schärfe arbeitet er heraus, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die typischen Indikatoren einer Entwicklung zur Industriegesellschaft, die Landflucht und den Trend zu den Dienstleistungssektoren, nicht nur nicht stoppte oder gar zurückschraubte, sondern in einem hohen Maße beschleunigte. Der Nationalsozialismus, so sein Fazit, stellte keine einzige Uhr zurück, sondern unterwarf die Gesellschaft einem beschleunigten Modernisierungsprozeß⁹⁰. Schoenbaum analysiert die für diesen Prozeß entscheidenden Gesellschaftsbereiche Industrie, Landwirtschaft, Staat und Arbeiterschaft und untersucht zudem die Stellung der Frau und die Aufstiegschancen im Dritten Reich.

Für die Arbeiterschaft – so stellt Schoenbaum fest – waren die wirtschaftlichen Folgen des Nationalsozialismus „eine merkwürdige Mischung von Gewinn und Verlust“⁹⁰. Dies war vor allem der Tatsache zu verdanken, daß Aufrüstung nun einmal nicht ohne Industrie und Industrie nicht ohne Arbeiter zu denken ist. Selbstverständlich nutzte die Arbeiterklasse ihre starke Position auf dem Arbeitsmarkt so wirksam wie möglich, um ganz im Sinne der Gesetze der Industriegesellschaft höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu verlangen oder dorthin abzuwandern, wo diese Voraussetzungen schon bestanden. Die Traditionen der Arbeiterbewegung und rudimentäre Formen des Klassenkampfes erneuerten bzw. bekräftigten sich in diesem Zusammenhang, und die ‚Volksgemeinschaft‘ rückte in weitere Ferne. Freilich wurden im Prozeß der forcierten Industrialisierung, der sich im Dritten Reich mit antimodernistischen Wirkungen der Ideologie vermischte und mit Zwang und Terror eine merkwürdige Allianz einging, auch die klassenspezifischen Solidaritäten einem Auszehrungsprozeß ausgesetzt. „Kraft durch Freude wurde durch Kraft durch Schadenfreude ergänzt“, wie Schoenbaum pointiert formuliert⁹¹.

Es ist einleuchtend, wenn Schoenbaum die Entwicklung der Arbeiterschaft im Dritten Reich in einem Koordinatensystem von Integrations- und Desintegrationsprozessen analysiert. Mason verfährt im Grunde nicht anders. Er bestreitet freilich, daß Gewinn und Verlust sich aus der machtpolitischen Perspektive des Regimes die Waage hielten und kommt zu dem Resultat, daß die Reintegration der Arbeiterschaft in den Wirtschaftsprozess durch Desintegrationsprozesse paralysiert wurde. Geriet das Regime in eine Krise, so ist im Anschluß hieran zu fragen, weil es die Arbeiterschaft wohl in den Wirtschaftsprozess zu reintegrieren vermochte, aber dabei übersah, daß sich die bewußte Arbeiterklasse das Erstgeburtsrecht einer Wahrnehmung ihrer politischen und sozialen Klassenziele nicht

⁹⁰ Ebenda, S. 150 f. Zum Problembereich vgl. Henry Ashby Turner, Faschismus und Antimodernismus, in: ders., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 157 ff.; Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

⁹² David Schoenbaum, a. a. O., S. 135.

⁹¹ Ebenda, S. 345.

durch das Linsengericht einer Sicherstellung grundsätzlicher materieller Lebensbedürfnisse abkaufen ließ?

Das Interesse, das jedes Regime an der Sicherung der Massenloyalität hat, läßt sich an der Art und am Ausmaß der ‚sozialstaatlichen Leistungen‘ ablesen. Sie stellen sich dabei zunächst als Leistungen des politisch-administrativen Systems an das sozio-kulturelle Subsystem dar, als Sozialpolitik in einem sehr weiten Verständnis des Begriffs. Ihre Leistungskapazität hängt freilich nur in geringem Maße von der Effizienz der jeweiligen für die Sozialpolitik verantwortlichen Behörden ab. Sie ist vielmehr vor allem durch die Höhe des Sozialprodukts begrenzt, das zur Verteilung gelangt. Eine krisenhafte Entwicklung stellt sich deshalb vor allem dann ein, wenn das zur Verteilung gelangende Sozialprodukt hinter berechtigten Erwartungen zurückbleibt und die Lebenschancen ganz offensichtlich ungleich verteilt sind. Es ist nicht zu übersehen, daß die soziale Lage der Arbeiterschaft hierfür in dem in Frage stehenden Zeitraum der Jahre 1938/39 eine Reihe von Ansatzpunkten bot. So ist immer wieder auf die fallende Lohnquote, die niedrigen Tariflöhne, die Einschränkung der Freizügigkeit, die Ungerechtigkeiten im Lohnsystem, den Terror und die Verfolgungen hingewiesen worden⁹². Die Gegenbilanz ist freilich ebenso leicht aufzumachen: es bestand Vollbeschäftigung, das Lebensniveau hielt einem Vergleich mit dem Hochkonjunkturjahr 1928 durchaus stand, es kam gerade am Vorabend des Krieges zu einer relativen Blüte der Konsumwirtschaft, das beschleunigte Tempo, in dem sich Dienstleistungssektoren und moderne Industrien entwickelten, schuf auch für den Arbeiter Aufstiegschancen, wie sie vergleichbar nur vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hatten⁹³. Dennoch läßt sich unschwer das Fazit ziehen, daß das nationalsozialistische Regime die sozialstaatlichen Leistungen an die Arbeiterschaft – übrigens nicht nur an sie – künstlich niedrig zu halten versuchte. Dahinter hatte zunächst ein Konzept gestanden, das die Folgen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland durch ein niedriges Lohnniveau und hohe Investitionsquoten der Industrie überwinden wollte. Die Nationalsozialisten übernahmen es von ihren Vorgängern und behielten es für die forcierte Aufrüstung im Prinzip bei, so daß das Paradoxon eines „Aufschwungs bei stabilen Preisen“ entstand⁹⁴. Mit dem Versuch, zwischen Hochkonjunktur und Lebensniveau im Interesse der Aufrüstung künstlich eine Diskrepanz aufrechtzuerhalten, entstand ein beträchtliches Krisenpotential. Hierin lag aber auch ein sehr wesentlicher Grund für die Notwendigkeit einer permanenten Ausweitung der Steuerungskapazitäten. Das Regime setzte sich somit einem doppelten Risiko aus: es leistete dem Verdacht Vorschub, daß es nicht in der Lage oder willens war, die Produktion eines der

⁹² Die wesentlichsten Daten schon bei Gerhard Kroll, a. a. O., S. 605 ff.; René Erbe, a. a. O., S. 88 ff.; vgl. Mason, Einleitung, S. 147 ff.

⁹³ David Schoenbaum, S. 108 ff., 150, 289 ff.; vgl. die sehr ausgewogene Würdigung der Lage der Arbeiter bei Dietmar Petzina, Grundriß, S. 759 ff.

⁹⁴ Gerhard Kroll, a. a. O., S. 626 ff.

Hochkonjunktur adäquaten konsumfähigen Sozialprodukts zu gewährleisten und seine effektive und gerechte Verteilung sicherzustellen. Es schuf zudem mit der Aufrechterhaltung der Diskrepanz eine verzerrte Nachfragestruktur, die nicht nur zu einer permanenten Herausforderung an die Steuerungsinstrumente und -kapazitäten wurde, sondern auch dazu zwang, improvisierte Lenkungsversuche in der Wirtschaft zu unternehmen, für die es keine praktischen Erfahrungen und keine brauchbaren Modelle gab. Damit entstand eine nichtversiegende Quelle für Fehlleistungen, die ihrerseits ungünstige soziale Wirkungen erzeugen konnten. Häufen und kombinieren sich solche Fehlleistungen, so entsteht die Gefahr einer ‚politischen‘ oder ‚Systemkrise‘.

Eine Systemkrise tritt freilich nicht in gleichem Atemzug mit Fehlsteuerungen und Fehlleistungen auf, sondern als deren Folge und also mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Sie setzt zudem Subsystemkrisen voraus. Erst wenn dem Regime infolge der Pluralität der Subsystemkrisen die Massenloyalität entzogen wird und ein Krisenmanagement nur unter Aufgabe wesentlicher Systemziele möglich ist, kann von einer Systemkrise gesprochen werden. Auch wenn es sehr unsicher erscheint, daß die Entwicklung in der Vorkriegszeit dieses Stadium bereits erreicht und den status nascendi der Krise überschritten hatte, zumal das Regime sich immer wieder zu stabilisieren verstand bzw. sekundär stabilisiert wurde, ist es doch sinnvoll, die Frage nach der Massenloyalität zu stellen; denn ihr Verlust ist an die Voraussetzung einer Systemkrise nicht unbedingt gebunden.

Der Entzug der Massenloyalität ist für den Historiker schwer zu fassen, da er nur selten eine solche Zuspitzung erfährt, daß die durch die Krisenentwicklung mobilisierten Dissidenten den herrschenden Gruppierungen offen gegenüber-treten. Im Dritten Reich war diese Zuspitzung schon wegen des Terrors sehr erschwert. Grundsätzlich lassen sich aber zwei analytische Ebenen unterscheiden: die Ebene des Verhaltens und die Ebene des Bewußtseins.

Ein ‚krisenspezifisches Verhalten‘ liegt vor, wenn die von Fehlsteuerungen Betroffenen zu relevanten, das Gesamtsystem und seine Ziele gefährdenden Verhaltensweisen bewogen werden, weil ihre Lebenschancen hinter ihren Erwartungen oder denen vergleichbarer Gruppen zurückbleiben. In diesem Sinne typische Verhaltensweisen sind etwa spontane Arbeitsniederlegungen oder -verweigerungen, Krankfeiern, Sabotage, alle Formen des absichtlich herbeigeführten Leistungsrückgangs, des passiven Widerstands etc. Diese ‚Spannungen‘ im sozialen Bereich werden als soziale Desintegrationsprozesse manifest und können sich zum ‚Konflikt‘ steigern, wenn relevante Organisationen oder organisierte Machtgruppen sich zum Verfechter der bedrohten Lebenschancen machen.

Mason ist der Überzeugung, daß soziale Spannungen dieser Art bei der Arbeiterschaft in großem Umfang auftraten, sich zu konkreten Forderungen nach Verbesserung der sozialen Lage verdichteten und von den populistischen Strömungen in der NSDAP aufgenommen bzw. vertreten wurden und zu klassenspezifischen Konflikten im Herrschaftssystem führten. Er erblickt hierin den wesentlichen Motor dafür, daß sich die Diskrepanz zwischen Hochkonjunktur

und relativ niedrigem Lebensniveau entgegen dem Willen des Regimes verringerte und so die Effektivität der Aufrüstung beeinträchtigt wurde. Der Befund als solcher ist gewiß unbestreitbar, problematisch und fraglich sind lediglich Ausmaß und Verbreitung der Phänomene und die Gründe für ihr Entstehen. Die methodischen Probleme, die mit der hermeneutischen und analytischen Auswertung des Quellenmaterials zusammenhängen, sind oben schon skizziert worden. Hier soll auf etwas anderes aufmerksam gemacht werden. Mason begreift die im sozialen Bereich diagnostizierten Spannungen und im Herrschaftssystem festgestellten Konflikte als Produkte des Klassenkampfes. Das heißt aber zugleich, daß er, um ein Beispiel zu nehmen, den Lohnkonflikt in der traditionellen Weise versteht: der Arbeiter fordert, der Unternehmer konzediert, wenn es sich nicht umgehen läßt. Die Lektüre der von Mason edierten Quellen ergibt jedoch ein differenzierteres Bild. Offenbar kam es infolge der großen Unterschiede zwischen konjunkturell und regional begünstigten und unbegünstigten Betrieben zu einer erheblichen Darwinisierung des Arbeitsmarktes. Die Entwicklung von der „Arbeitslosigkeit“ zur „Arbeiterlosigkeit“, wie es in einem Bericht pointiert heißt⁹⁵, führte nicht nur zum „Kampf“ um höhere Löhne, sondern auch zum „Kampf“ um die Arbeitskräfte. Das Beispiel des Bauunternehmers, der seinem Konkurrenten im Schutze der Dunkelheit die gesamte Belegschaft im Omnibus entführt, mag eine groteske Ausnahme gewesen sein⁹⁶. Die Berichte legen freilich durchgängig ein beredtes Zeugnis davon ab, daß der Auftragsdruck, dem der Unternehmer durch den Staat ausgesetzt war, und der Profitdruck, dem er sich selbst in der Erwartung, die Konjunktur werde nicht dauern, aussetzte, gelegentlich zum „hemmungslosen Wegengagieren“ der Arbeiter führte⁹⁷.

In der primitiven Form der sozialen Auseinandersetzung, die auf dem Arbeitsmarkt offenbar praktiziert wurde, trafen verschiedene Tendenzen zusammen: die Fortdauer des vielfach verzerrten und korrumpierten Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage, eine darwinistischen Argumenten Auftrieb gebende Ideologie, rudimentäre Formen des Klassenkampfes, ein Defizit an anerkannten konfliktregelnden Instanzen und ein bedenklicher Schwund an moralischer Substanz und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

Vom Regime aus gesehen wirkten freilich auch diese Erscheinungen keineswegs nur im Sinne der Destabilisierung. Die Darwinisierung des Arbeitsmarktes war insgesamt eher als sekundäre Stabilisierung des Regimes zu betrachten, weil der Kampf aller gegen alle Solidaritäten zerstört und Konfliktpotential aufzehrt bzw. ablenkt. Die Erhöhungen der realen Lohnsätze milderten zudem im Resultat die sozialen Spannungen und bewiesen durch jeden einzelnen Fall von Nachgiebigkeit, daß Flexibilität und Härte im Dritten Reich höchst wirkungsvoll

⁹⁵ Dokumentation, S. 842 f.

⁹⁶ Ebenda, S. 404.

⁹⁷ Ebenda, S. 202 f., 207 u. öfter.

kombiniert wurden. Insgesamt stellt sich der Eindruck ein, daß krisenhafte und stabilisierende Wirkungen sich auch in diesem Bereich vielfach durchkreuzten und gegenseitig aufhoben.

Wann soziale Desintegrationsprozesse als krisenhaft zu bezeichnen sind, ob Steuerungsprobleme die Schwelle des für eine Gesellschaft Erträglichen überschreiten, wann Diskrepanzen zwischen dem, was möglich erscheint und was realisiert wird, bestandskritisch werden, wieviel Zweckrationalität ein Regime benötigt, wieviel Dysfunktionen es verkräftet, kann nicht allein durch die Analyse der objektiven Funktionen des Systems beantwortet oder an der Höhe des konsumfähigen Sozialprodukts abgelesen werden, sondern hängt sehr wesentlich vom Bewußtsein der Betroffenen ab. Auch das Verhalten der Arbeiterschaft gibt hierüber keine sichere Auskunft. Es ist deshalb notwendig, die bisher vernachlässigte Ebene des Bewußtseins abschließend wenigstens anzudeuten. Lebten gesellschaftlich relevante Gruppen im Dritten Reich, lebte die Arbeiterklasse im Bewußtsein einer sich entwickelnden oder einer akuten Krise?

Wenn sich in Deutschland auf dem Höhepunkt der Rüstungskonjunktur der Jahre 1937 bis 1939 überhaupt eine konkrete Vorstellung von Krise entwickelte, so scheint sie sich mit der internationalen Entwicklung verbunden zu haben. An eine Krise des Systems oder gar eine drohende ökonomische Krise dachte wohl kaum jemand. Wenn man den Begriff überhaupt benutzte, das zeigen die von Mason edierten Akten, dachte man an die Vergangenheit, an die Inflation der Nachkriegszeit, an die Weltwirtschaftskrise und an die Weimarer Republik. Man grenzte die früheren „Krisenzeiten“ von der Gegenwart ab. Den Nationalsozialisten, die mit dem Ziel der Krisenüberwindung angetreten waren, wurde der Erfolg bescheinigt. „Wirtschaftsaufschwung“, „Wiederaufstieg“, „Konjunktur“ waren die Stichworte für die eigene Zeit⁹⁸.

Die in den Akten zu Wort kommenden Beamten, Verwaltungsjuristen, Manager und Nationalsozialisten sind freilich mit dem „Volk“ nicht identisch. Was man in breiteren Schichten der Bevölkerung von der Stabilität des Regimes und seiner zukünftigen Entwicklung dachte, wird, wenn überhaupt, nur sehr undeutlich erkennbar. Es kann deshalb, solange der Gegenstand nicht untersucht ist⁹⁹, nur eine vordergründige Wahrscheinlichkeit dafür geltend gemacht werden, wenn Mason in Übereinstimmung mit gängigen Auffassungen feststellt: „Viele, selbst erfahrene Beobachter sahen allein die in der deutschen Geschichte einmalige

⁹⁸ Vgl. etwa Dokumentation, S. 497, 506, 569, 570, 1115.

⁹⁹ Die Forschung ist nach wie vor auf „Hitlers Weltanschauung“ fixiert. Die wesentliche Frage, mit welchem Bewußtsein und in welchem Bewußtsein relevante Gesellschaftsschichten „mitmachten“, ist bisher nicht untersucht. Für interessante Ansätze in dieser Richtung vgl. David Schoenbaum, a. a. O.; Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945, Düsseldorf 1958; Bernd Martin, Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942, Düsseldorf 1974. Die sowjetmarxistische Forschung wendet sich diesem Gegenstand unter dem spezifischen Blickwinkel ihrer Ideologie etwas intensiver zu.

Prosperität, die hohe Investitionsrate, die vollen Auftragsbücher usw. Soweit man dies beurteilen kann, nahm auch die uniformierte öffentliche Meinung in Deutschland eine ähnliche Haltung ein. Nur denjenigen, die in der Lage waren, eine wirtschaftliche Zukunftsprognose aufzustellen . . . , war der krisenhafte Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung klar.¹⁰⁰

Krisenbewußtsein muß nun freilich nicht mit dem Etikett der Krise ausgezeichnet sein. Die in der nationalsozialistischen Diktatur erzwungene Sprachregelung dürfte namentlich im amtlichen Bereich zur sprachlichen Substituierung einer deutlichen Krisenterminologie gezwungen haben. Da Steuerungsprobleme einen sehr wesentlichen Krisenfaktor und zudem das Berufsproblem der mit dem politisch-administrativen System angesprochenen Menschen darstellten, ist – wenn überhaupt irgendwo, dann hier – mit einem Krisenbewußtsein zu rechnen.

Aus den Akten und den von Mason in der Einleitung darüberhinaus angeführten Belegen wird deutlich, daß die traditionelle Ministerialbürokratie, die Vertreter der neuen Bürokratien der Sonderbevollmächtigten und die politische Führungsspitze ganz verschieden auf die Probleme und Schwierigkeiten im politisch-administrativen System reagierten. Ihr jeweiliges Krisenbewußtsein läßt sich hierbei in Umrissen erkennen.

Für die traditionelle Ministerialbürokratie stehen vor allem die Unordnung der Verwaltung sowie die Unklarheit und Widersprüchlichkeit der politischen Anordnungen im Vordergrund. Sie will das „Fortwursteln“ beendet sehen und verlangt etwa für den Bausektor eine „Einschränkung des Auftragsvolumens“ sowie eine klare Dringlichkeitsabstufung der Aufträge. Die Krise wird als Überdehnung der ökonomischen Möglichkeiten, des sozial Verantwortbaren und als Störung des Verhältnisses zwischen politischer Führung und Bürokratie begriffen. Die demzufolge von dieser Seite vorgeschlagene Krisenstrategie gipfelt in der Forderung nach Rückkehr zur „Normalität“, worunter ebenso eine rationale Verwaltung wie die Wiedereinsetzung der Ministerialbürokratie in ihre überkommenen Rechte und Funktionen begriffen wird. Die Krise ist hier wesentlich mit der „Krise des Beamtentums“ identisch¹⁰¹.

Auch die Vertreter der neuen Bürokratien des Vierjahresplans diagnostizierten einen Mangel an Ordnung und Leistung im Steuerungssystem, der sich ihnen freilich als Defizit an planmäßiger Wirtschaftsführung darstellt. Ihre Krisenstrategie zielt deshalb auf eine Erweiterung der Steuerungsinstrumente und -kapazitäten unter Umgehung der als umständlich und ineffektiv angesehenen Fachressorts. Die angestrebte Steigerung der Effizienz soll durch die Schaffung einer zentralen Wirtschaftsbehörde erreicht werden, der die Aufgabe zugeordnet ist, einen „zeitlich, räumlich, mengenmäßig einheitlich ausgerichteten Plan“

¹⁰⁰ Einleitung, S. 216; vgl. etwa Dietmar Petzina, Grundriß, S. 741.

¹⁰¹ Vgl. etwa Dokumentation, S. 195, 203 ff., 372, 513, 532 f., 593, 649, 884, 879. Zur Krise des Beamtentums vgl. Anm. 8.

aufzustellen und durchzusetzen. Es ist von einer Planung auf weite Sicht und der Konzentration aller Kräfte die Rede. Auch hier wird eine Anpassung an das Mögliche angestrebt, aber unter Ausschöpfung aller Ressourcen und Reserven, bei totaler Ausrichtung auf das jeweilige Ziel. Man könnte von einer dynamischen vorwärtsdrängenden Krisenstrategie sprechen, die ihrerseits Ursache von Störungen und Anormalitäten war und Krisenwirkungen erzeugte¹⁰².

Das Krisenbewußtsein der nationalsozialistischen politischen Führung hat sich nur begrenzt an realen Vorgängen und Prozessen entwickelt. Einstellungen und biographisch bedingte Vorprägungen gewinnen vielmehr größere Bedeutung als üblicherweise vorauszusetzen ist. Dies gilt vor allem für Hitler. Die Angst des bis in die Mitte seines Lebens vom sozialen Abstieg bedrohten Kleinbürgers Hitler vor den unteren Schichten, die Mischung aus Haß und Bewunderung für die organisierte ‚marxistische‘ Arbeiterschaft, die Schlußfolgerungen, die er in der Kampfzeit aus dem Zusammenbruch im Ersten Weltkrieg zog, sind wesentliche Motive seines späteren Handelns geworden¹⁰³. Mason hat diesen Komplex unter dem Gesichtspunkt des Novembersyndroms zu Recht thematisiert¹⁰⁴.

Da Hitler den Krieg seit der Machtergreifung anstrebte und damit das Risiko einer Wiederholung der Novemberereignisse prinzipiell gegeben war, scheint es zur Herausbildung einer antizipatorischen Krisenstrategie bei der politischen Führung des Dritten Reiches gekommen zu sein, in der die Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle spielte. Nach der Zerschlagung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen war diese Krisenstrategie vor allem auf die Vermeidung sozialer Unruhe abgestellt, was durch sozialstaatliche Leistungen, durch propagandistisch-ideologische Beeinflussung und durch Terror gewährleistet werden sollte. Je näher der Krieg, der Fall X dieser Krisenstrategie, rückte, desto wichtiger mußte es werden, ob diese Instrumente griffen.

Berichte über Mißstimmungen in der Arbeiterschaft, über Unruhe und Unzufriedenheit, über spontane Arbeitsniederlegungen etc. konnten deshalb eine alarmierende Wirkung haben, und zwar unabhängig davon, ob sie nun repräsentativ waren oder nicht. Es ist anzunehmen, daß die Ministerialbürokratie diese Wirkungen ihrer Berichte ins Kalkül zog. Leider sind Angaben darüber, ob ihre Rechnung aufging, nicht zu machen. Oft wurden die Berichte nicht einmal gelesen und drangen jedenfalls selten zu Hitler vor¹⁰⁵. Die ‚Erfolgsberichte‘ der Gestapo über die Verhaftungen und die insgesamt zurückgehende Tätigkeit der illegalen Gruppen dürften zudem dazu beigetragen haben, das Unsicherheitsgefühl der Führung zu mildern.

¹⁰² Vgl. Dokumentation, S. 463 f., 521 ff., 529 ff., 532 ff., 747 ff.

¹⁰³ Vgl. hierzu Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923, in dieser Zeitschrift 25 (1977), S. 1 ff.

¹⁰⁴ Einleitung, S. 15 ff.

¹⁰⁵ Dies traf selbst für die direkt an die Reichskanzlei gerichteten Berichte des Arbeitsministers über die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht immer zu. Vgl. etwa Dokumentation, S. 194.

Es leuchtet dennoch ein, daß das Vorwärtsgen und Wiederzurückweichen der politischen Führung in der Arbeiterpolitik mit dieser Krisenstrategie zusammenhängt. Dies dürfte insbesondere für das Schicksal der Kriegswirtschaftsordnung vom 4. September 1939 gelten. Eine Politik des generellen Lohnabbaus, wie sie das zwischen den Ressorts ausgehandelte Verordnungswerk vorsah, stellte angesichts der ökonomischen, sozialen und psychologischen Unwägbarkeiten des ‚Kriegsstoßes‘ ein hohes Risiko dar. Sie wurde deshalb bis Mitte November in wesentlichen Punkten zurückgenommen. Gerade der von Mason herausgearbeitete Zusammenhang zwischen der zweiten Abschwächung der restriktiven Bestimmungen dieser Verordnung am 10. November und dem damals gerade auf den 19. November festgesetzten Angriffstermin für die Invasion in Frankreich spricht für diese Deutung¹⁰⁶. Es kann wohl kein Zweifel daran bestehen¹⁰⁷, daß Hitler und seinen engsten Vertrauten bewußt war, was es hieß, ein Volk in den Krieg zu zwingen, das vor kaum mehr als zwanzig Jahren einen Weltkrieg mit nachfolgender Inflation durchlitten, das vor nicht einmal zehn Jahren die größte ökonomische Krise des Kapitalismus erlebt, das deren Folgen gerade eben überwunden hatte und das seit nunmehr drei Jahren unter dem angespannten Arbeitsdruck der Rüstungskonjunktur stand. Man mag deshalb in diesem Zusammenhang, wie Mason es tut, vom „dumpfen Zwang von unten“ sprechen können¹⁰⁸, wenn man im Immanenzzusammenhang des Krisenbewußtseins der politischen Führung verbleibt. Eine Artikulation, die machtpolitisch relevant geworden wäre und in diesem Sinne „Zwang“ ausgeübt hätte, kam nicht zustande. Es war das wache Bewußtsein der Führung für unwägbar Psychologica in einer der schwierigsten Phasen, die das NS-Regime überhaupt erlebt hat, die die Verbindung zwischen desintegrativen Verhaltensweisen an der Basis und der Politik des Regimes direkt ohne vermittelnde Zwischeninstanz herstellte, noch bevor sie krisenwirksam werden konnten.

Strukturprobleme des Systems scheinen für das Krisenbewußtsein der politischen Führung keine nennenswerte Rolle gespielt zu haben. Wenn Hitler im Mai 1939 davon sprach, daß die „wirtschaftlichen Probleme“ gelöst werden müßten, verstand er dies offensichtlich im Sinne des langfristigen Ziels der Eroberung neuen Lebensraums¹⁰⁹. Was bei Hitler und Göring allerdings vorlag, war das Bewußtsein dafür, daß man die forcierte Aufrüstung angesichts der schwachen Ressourcen Deutschlands nicht lange werde durchhalten können. Das größte kurzfristige Problem, das sich ihnen in diesem Zusammenhang stellte, war die Inflationsgefahr. Dies zeigt deutlich, wie sehr die Psychologie im Vordergrund ihrer

¹⁰⁶ Einleitung, S. 295 f.

¹⁰⁷ Es ist wohl als sprachlicher Ausrutscher zu verstehen, wenn Mason in bezug auf Hitler folgendes formuliert: „Vorerst freilich traf er Entschlüsse, die er damals kaum für unpopulär hielt: Er entfesselte einen Eroberungskrieg.“ Einleitung, S. 40.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 296.

¹⁰⁹ ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 477.

Krisenstrategie stand, und ist typisch für ihr fehlendes Verständnis der realen Abläufe. Ein defizientes Krisenbewußtsein, das den Kriegsbeginn im September 1939 als Flucht nach vorn erklären könnte, scheint nicht vorgelegen zu haben. Auch in der Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 22. August 1939, in der er die Notwendigkeit zum sofortigen Handeln begründen wollte, sprach er immerhin noch von einem wirtschaftlichen Handlungsspielraum von „wenige(n) Jahre(n)“¹¹⁰.

Krisenspezifische Verhaltensweisen müssen nicht von einem Bewußtsein begleitet sein, das sich an der unmittelbaren Ursache der Krise entwickelt. Steuerungsprobleme etwa werden, zumal wenn ihre öffentliche Erörterung verboten ist oder auf sehr enge Grenzen stößt, nur von wenigen erkannt. Selbst die politische Führung besaß im Dritten Reich nur eine ungefähre Vorstellung von ihnen. Krisenbewußtsein entsteht in der Regel im Zusammenhang mit sehr einfachen, handgreiflichen und jedem Betroffenen unmittelbar einsichtigen Folgen komplexerer Vorgänge und ist entsprechend schwer zu untersuchen. Dies gilt gewiß auch für die Arbeiterklasse, obgleich der politisch organisierte und geschulte Teil der Arbeiter, der immerhin etwa die Hälfte der Lohnabhängigen ausmachte und im wesentlichen aus Industriearbeitern bestand, über ein sehr spezifisches Krisenbewußtsein verfügt haben dürfte. Es wäre interessant zu untersuchen, welche Verbindungen dieses Krisenbewußtsein mit der Ideologie des Nationalsozialismus einging und welchen Umformungen bzw. Beeinträchtigungen es angesichts der ökonomischen Erfolge des Dritten Reiches ausgesetzt war. Die Frage ist um so berechtigter, als es gerade die in hohem Maße organisierte Industriearbeiterschaft war, die mit 40% den höchsten Prozentsatz der Arbeitslosen gestellt hatte¹¹¹. Selbstverständlich war von einer antimodernistischen Ideologie angesichts der engen Zusammenhänge zwischen Industriegesellschaft und organisierter Arbeiterbewegung wenig Positives zu erwarten. Der Versuch des Nationalsozialismus – zumal nach der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse – den Klassegegensatz zugunsten der ‚Volksgemeinschaft‘ abzuschaffen, erscheint deshalb als anachronistisch und als von vornherein zum Scheitern verurteilt. Auf der Basis der nationalsozialistischen Ideologie war an die Entwicklung einer Arbeiterpolitik, die diesen Namen verdiente und integrative Wirkungen hätte entfalten können, wohl kaum zu denken. Schon Schoenbaum hat bemerkt, daß das Regime zu folgerichtiger Politik auch auf diesem Gebiet unfähig war und über „Arbeiterideologie“ eigentlich nicht hinausgekommen sei. Ihr spricht er freilich eine gewisse Wirkung nicht ab¹¹². Die propagandistische Verherrlichung der Arbeit

¹¹⁰ ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 168 ff.: „Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, daß wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Göring kann das bestätigen. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln.“

¹¹¹ Für die Zahlen vgl. Einleitung, S. 57 ff. u. 89 ff.

¹¹² Vgl. David Schoenbaum, a. a. O., S. 110.

ging mit Anzeichen einer Revolutionierung der klassenspezifischen Statussymbole einher, deren Folgen schwer abzuschätzen sein dürften. So wurde die dem Bildungs- und Besitzbürgertum vorbehaltene Erholungsreise oder das nur in diesen Kreisen erschwingliche Auto durch die Bemühungen der KdF für den Arbeiter prinzipiell erreichbar. Auch wenn Skepsis am Platz ist, können die Wirkungen, die hiervon ausgingen, nicht so ohne weiteres dagegen aufgerechnet werden, daß die KdF-Reise schließlich nur wenigen zugute kam und das KdF-Auto für den zivilen Bedarf nicht mehr gebaut wurde, wie Mason das tut¹¹³.

Mason vernachlässigt die Sozial- und Gesellschaftsideologie überhaupt, weil er meint, einer Ideologie könne keine Wirkungsmacht zugesprochen werden, der die realen Prozesse so offensichtlich zuwiderliefen und die nicht den geringsten Versuch machte, sie aufzuhalten. Hierbei wird freilich übersehen, daß die Ideologie des Nationalsozialismus ein Produkt der Brüche und Risse ist, die entstanden, als die Industriegesellschaft den Boden der traditionellen Gesellschaftsformationen aufbrach. Als perversierter Ausdruck rückwärtsgewandter Sehnsüchte stellt sie eine primitive Antwort auf elementare Lebensängste dar, die dieser Prozeß hervorrief. Die unbestimmten Sehnsüchte, die in der Ideologie eine verschwommene Gestalt annahmen, waren nicht zu verwirklichen und änderten nichts an der Wirklichkeit, entbehrten aber nicht des Wirklichkeitsbezuges. So betrachtet, bestanden zwischen Ideologie und Wirklichkeit nicht nur Widersprüche, sondern griff hier auch ein Rad in das andere. Das Regime produzierte gewissermaßen die Anlässe für ideologische Kompensationen laufend selber. „Was die Dinge zusammenhält“, so formuliert Schoenbaum einmal, „war eine Kombination von Ideologie und sozialer Dynamik auf einer Grundlage von Charisma und Terror“¹¹⁴.

In welchem Umfang die Machthaber die Ideologie gerade im sozialen Bereich funktional einsetzten, wird am Ausmaß der hierüber öffentlich geführten Debatten deutlich. So hat Schoenbaum seine im Detail Mason vieles vorwegnehmende Analyse im wesentlichen auf publiziertem Quellenmaterial aufbauen können. „Die Probleme der Landwirtschaft, des Mittelstandes und der Industriearbeiter“, so stellt er fest, „wurden zwar im Nebel ideologischer Phrasen ausgedroschen; aber man stritt sich immerhin öffentlich um sie. Es ist wohl kaum übertrieben zu sagen, daß man alles Wesentliche darüber allein aus den gesammelten Ausgaben des Völkischen Beobachters und aus den Statistischen Jahrbüchern erfahren kann.“¹¹⁵ Unter dem Ansturm des Nationalsozialismus veränderte sich die deutsche Gesellschaft. Auch wenn ihr jeweiliger Ist-Stand in diesem Veränderungsprozeß schwer zu beschreiben ist, wird eines durch Schoenbaums Ansatz doch deutlich: die Gesellschaft im Dritten Reich kann weder allein von der Ideologie des Nationalsozialismus her analysiert, noch allein als Industriegesellschaft

¹¹³ Einleitung, S. 185 ff.

¹¹⁴ David Schoenbaum, a. a. O., S. 539.

¹¹⁵ Ebenda, S. 23.

zureichend begriffen werden. In einem amerikanischen Buchtitel ist der Verwunderung über das Gesellschaftsbewußtsein des Nationalsozialismus einmal mit der Feststellung „they thought they were free“ Ausdruck verliehen worden¹¹⁶. Auch wenn feststeht, daß dies alles andere als eine gültige Beschreibung für das Bewußtsein der vom Nationalsozialismus Beherrschten und Unterdrückten sein kann, deutet sich in dieser Formulierung dennoch an, welche Welten zwischen der zum Bewußtsein ihrer Identität gelangten westlichen Industriegesellschaft und der deutschen Gesellschaft unter dem Nationalsozialismus lagen, die – auf dem Wege zu einer neuen Ich-Identität – nicht nur von einer Turbulenz in die andere geriet, sondern auch erstaunliche Bewußtseinsverirrungen umschloß.

Sichere Aussagen darüber, ob die Schwierigkeiten, die aus ungelösten oder vertagten Steuerungsproblemen in vielen Sektoren der Wirtschaft entstanden und mit sozialen Desintegrationsprozessen korrespondierten, in relevanten Teilen der Gesellschaft ein entsprechendes Krisenbewußtsein produzierten, können erst gemacht werden, wenn sich die Forschung dieses Gegenstandes intensiver annimmt. Aufgrund der für breite Bevölkerungsschichten bestehenden Schwierigkeiten, die Probleme zu erkennen, und aufgrund der relativ erfolgreichen Bemühungen des Regimes, sie zu verschleiern, ist Krisenbewußtsein zunächst bei denen zu vermuten, die über Einblicke in die Regierungspraxis verfügten oder an ihr in irgendeiner Weise beteiligt waren. Der Ursachenherd einer Krise, die aus Steuerungsproblemen entsteht, im politisch-administrativen System, legt dies nahe, und *Masons Edition* ausgewählter Akten scheint dies zu bestätigen. Zudem wurden zwischen den herrschenden Gruppierungen und Interessen im Dritten Reich eine Reihe von Konflikten ausgetragen, die diesen Eindruck verstärken. Man denke an den Konflikt zwischen der Stahlindustrie und Göring, an die Fritsch-Blomberg-Krise und an den passiven Widerstand des Generalstabs gegen die Ausweitung des Krieges durch eine Invasion Frankreichs, der sich zu einer Opposition der „wilhelminischen Imperialisten“ ausweitete, wie Bernd Martin formuliert hat¹¹⁷. Es mag in der Konsequenz dieses Gedankens liegen, daß die am 20. Juli 1944 Beteiligten denselben Kreisen angehörten und in aller Regel über intime Kenntnisse der politischen Praxis des Regimes verfügten.

Die in den Akten berichteten Verhaltensweisen der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung, die man mit der gebotenen Vorsicht als Ausdruck sozialer Desintegrationsprozesse verstehen kann, lassen sich nicht problemlos als Ausdruck von Krisenbewußtsein werten; denn sie waren nicht nur auf Fehlleistungen des Regimes zurückzuführen, sondern auch unvermeidliche Begleiterscheinungen des Modernisierungsprozesses und boten gerade für die Arbeiter auch zahlreiche Aufstiegschancen. Die hohe Mobilität, ablesbar an der Landflucht und am Anstieg

¹¹⁶ Milton Mayer, *They Thought They Were Free*, Chicago 1955.

¹¹⁷ Bernd Martin, *Friedens-Planungen der multinationalen Großindustrie (1932–1940) als politische Krisenstrategie*, in: *Gesch. u. Gesellsch.* 2 (1976), S. 80.

der Belegschaften der modernen Industrien und des tertiären Sektors, lassen erkennen, in welchem Ausmaß sie genutzt wurden¹¹⁸.

Die Frage, ob das nationalsozialistische „Herrschaftssystem“ sich am Vorabend des Zweiten Weltkrieges in einer „allgemeinen Krise“ befand, kann ohne den Nachweis, daß relevante Gruppen der Gesellschaft im Bewußtsein einer Krisenentwicklung lebten, nicht beantwortet werden; denn was unter historisch gegebenen Bedingungen an Fehlsteuerungen eines Regimes, an öffentlichen Mißständen und an Entbehrungen für den Einzelnen hingenommen wird, hängt sehr wesentlich davon ab, was in dieser Situation als normal angesehen wird, was begründbar erscheint, einsichtig gemacht, entschuldigt werden kann oder auf andere Weise kompensiert wird. Ein Krieg etwa oder eine gerade überwundene ökonomische Krise erfordern andere Legitimationen als Zeiten prosperierender Hochkonjunktur, setzen aber auch andere Normen. Krisen werden historisch überhaupt nur als Abweichungen von gesellschaftlich vermittelten Normen faßbar. Es ist deshalb im Zusammenhang mit dem Krisenbewußtsein nach diskursiven Normen zu fragen, deren Geltung gesellschaftliche Kommunikation und damit Gemeinschaftsbewußtsein überhaupt erst eröffnet. In Krisenzeiten verlieren sie ihre diskursive Geltung.

Mason hat sich dem Normenproblem auf etwas andere Weise genähert. Er sucht nach einem objektiven Maßstab und glaubt, das Ausmaß der Krise an der Diskrepanz ablesen zu können, die das Regime zwischen Ausmaß und Tempo der Aufrüstung und seiner politischen Zielsetzung bestehen ließ. Als die vielfältigen Engpässe in der Wirtschaft die Regierung 1936/37 zum Eingreifen zwangen, standen nach Masons Ansicht grundsätzlich zwei „Planungsansätze“ zur Verfügung: man konnte das Ausmaß der Aufrüstung den vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten anpassen und die Rüstungskonjunktur dadurch dämpfen, daß der Staat die militärischen Bedarfsträger auf den Konkurrenzkampf am Markt verwies und sein Interventionsinstrumentarium nicht zugunsten der forcierten Rüstungsproduktion einsetzte oder erweiterte¹¹⁹. Man konnte aber auch versuchen, die forcierte Aufrüstung im Rahmen eines plan- und zwangswirtschaftlichen Gesamtkonzepts sicherzustellen und eine drastische Einschränkung des Konsums, Steuererhöhungen, eine konsequente Bewirtschaftung aller Mangelgüter und strenge Preis- und Lohnkontrollen zu verfügen¹²⁰. Als Norm, an der er die Politik des Regimes glaubt messen zu können, schwebt Mason eine maximale Zweckrationalität im Sinne der einen oder der anderen Entscheidungsalternative vor.

Das Regime ging bekanntlich keinen der beiden Wege. Mason erklärt das damit, daß einer Entscheidung unvereinbare Systemimperative entgegenstanden: die Notwendigkeit forciertener Aufrüstung, um den Krieg zur Erweiterung des Le-

¹¹⁸ Für die entsprechenden Zahlen vgl. Dokumentation, S. 1239 ff.

¹¹⁹ Zum Problem der Überleitung der Wirtschaft in eine „selbsttragende Konjunktur“ vgl. die Überlegungen von René Erbe, a. a. O., S. 177 ff.

¹²⁰ Einleitung, S. 263 ff.

bensraums führen zu können, und die Notwendigkeit, durch eine umfangreiche Produktion von Konsumgütern die Massenloyalität zu sichern. Das verschiebt freilich nur das Problem; denn im Sinne der Systemstabilität kann es durchaus sinnvoll sein, einen Mittelweg zu gehen. Worauf es Mason ankommt, ist die Behauptung, daß der Krieg nur durch die Etablierung von Formen einer „Zentralverwaltungswirtschaft“ adäquat vorzubereiten war¹²¹. Aufgrund der 1938 eingetretenen drohenden Kriegslage habe das Regime keine Möglichkeit mehr gehabt, den Zielkonflikt auf die alte Art und Weise auszubalancieren, da die normative Kraft des Faktischen es immer mehr drängte, der Aufrüstung die Priorität einzuräumen. Dennoch habe man die alte Politik einfach fortgeschrieben. Um unter dieser Voraussetzung das entgegenstehende Ziel der Stabilisierung der Massenloyalität gleichzeitig verwirklichen zu können, bedurfte man außerordentlicher Notwendigkeiten, z. B. des Drucks von außen. Die äußere Bedrohung mußte so weit wie möglich kompensatorisch an die Stelle von Radios, Kühlautomaten und Konsumgütern aller Art treten und nach der Logik ‚alle in einem Boot‘ die Massensolidarität mit dem Regime auf einer neuen Ebene stabilisieren. Die Dynamik dieser ständigen „Flucht nach vorn“ führte von einem außenpolitischen Konflikt zum anderen und schließlich in den Krieg. Sie erklärt für Mason auch, warum die Verwirklichung der totalen Kriegswirtschaft erst 1942 in Angriff genommen wurde: die Etablierung von Zwangsmaßnahmen verlief umgekehrt-proportional zum militärischen Erfolg und setzte die Bedrohung voraus. Die „wirtschafts- und sozialpolitischen Kriegsvorbereitungen (hinkten) immer mehr hinter der außenpolitischen und strategischen Entwicklung hinterher und gefährdeten sie“¹²². Es ist diese „Verzögerung“ zweckrationalen Handelns, dieses Zuspätkommen der Vernunft, das Mason interessiert und das er als krisenhaft begreift. Die Norm, an der er mißt, ist die Zweckrationalität. Die Normabweichung soll durch Diskrepanzen und Verzögerungen beschrieben und bewiesen werden, die das Regime aufgrund seines durch den Klassengegensatz eingegengten Handlungsspielraums zwischen Plan und Ausführung, zwischen Möglichkeiten und Realisierungen auf verschiedenen Ebenen bestehen lassen mußte.

Die Norm der Zweckrationalität, deren Erfüllung durch die Etablierung einer Zwangs- und Planwirtschaft – Mason spricht von „Zentralverwaltungswirtschaft“ – hätte gewährleistet werden müssen, setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Mason beruft sich vor allem immer wieder auf General Thomas. Dabei übersieht er jedoch zweierlei. Das von Thomas vertretene Konzept der „Tiefenrüstung“¹²³, an dem er seine Kritik der Aufrüstungspolitik des Regimes orientierte, war nicht an planwirtschaftliche Voraussetzungen gebunden. Es sollte aber vor allem nicht der Vorbereitung eines kurzen Krieges dienen, in dem die

¹²¹ Einleitung, S. 243.

¹²² Ebenda, S. 302.

¹²³ Georg Thomas, Tiefe und Breite der Rüstung, in: Militärowissenschaftliche Rundschau 1937, S. 189–197.

Gegner in Blitzfeldzügen jeweils einzeln zu besiegen waren. Thomas glaubte an diese Voraussetzung bekanntlich nicht und befürchtete, ein langer Krieg gegen die Gegner des Ersten Weltkrieges werde sich kaum vermeiden lassen. Auf diesen Krieg wollte er die deutsche Rüstungswirtschaft vorbereitet wissen. Das Blitzkriegskonzept verband sich dagegen vielmehr mit der „Breitenrüstung“. Mason mißt die auf den Blitzkrieg hin orientierte deutsche Rüstung also an einer Rationalität politischen und ökonomischen Handelns, die Voraussetzung eines ganz anderen Rüstungs- und Strategiekonzepts ist. Doch damit nicht genug. Wenn Mason von der „gebotenen zweckrationalen Bewirtschaftung“, von der „beträchtlichen Spanne freier Reserven“ spricht, versteht er dies nicht nur im Sinne eines fremden Rüstungskonzepts. Er glaubt vielmehr, daß es mit Hilfe von „volkswirtschaftliche(n) und technologische(n) Kenntnisse(n)“, von „genaue(n) Vorarbeiten über Planungstechniken, Produktionsmethoden, Handels- und Finanzpolitik“ ganz allgemein möglich sei, die für eine Wirtschaft jeweils gegebenen „objektiven Grenzen“ festzustellen¹²⁴. Daß die so definierte maximale Rationalität im Funktionieren eines politischen Systems eine höchst abstrakte, vom historischen Kontext abgelöste Norm darstellt, kann kaum übersehen werden. Auch gelegentliche Hinweise auf die Erfolge der Speerschen Rüstungspolitik können dies nicht verdecken. Es liegt freilich in der Konsequenz dieser Normenkonstruktion, wenn Mason die Feststellung treffen kann, das gesellschaftliche Konfliktpotential habe im Dritten Reich „erst in der Phase der ‚totalen Krieges‘ (seine) gefährliche Brisanz“ verloren¹²⁵. Auch wenn der Krisenbegriff mit dieser Aussage in sein Gegenteil verkehrt wird und das Speersche ‚Rüstungswunder‘ gewiß nicht mit Planwirtschaft zu verwechseln ist, wird an diesem Fluchtpunkt der Argumentation doch etwas deutlich; denn im Zuge der totalen Kriegswirtschaft geriet das Regime zunehmend in den Zwang, zu erklären, worin sich der hohe Grad der Konzentration in der deutschen Industrie vom bekämpften amerikanischen Kapitalismus und worin sich die Reglementierung von Wirtschaft und Gesellschaft vom sowjetrussischen Kommunismus unterscheide. Die Propaganda, die den deutschen Weg als ‚dritten Weg‘ zwischen Amerika und Rußland hinzustellen versuchte, geriet in Schwierigkeiten und das Regime in eine Legitimationskrise, die den Sinn des Weiterkämpfens in Frage zu stellen drohte. Obgleich die Nationalsozialisten weder mit einer Staatstheorie noch gar mit einer Wirtschaftsvorstellung angetreten waren, die sich hätte konkretisieren lassen, hatten sie doch versucht, Feindbilder zu errichten. Der liberalkapitalistische und der planwirtschaftliche Weg waren immerhin verworfen worden und damit Grenzen gezogen, die ohne Bruch der Glaubwürdigkeit auf Dauer nicht überschritten werden konnten. Es trifft deshalb einen Aspekt der Wirklichkeit im Dritten Reich, wenn Milward mit Bezug auf die Lage, die 1944 eintrat, bemerkt: Dem strategischen

¹²⁴ Einleitung, S. 243 ff.

¹²⁵ Einleitung, S. 262.

Ziel der Verteidigung gegen einen Feind (ist) nicht gedient, wenn durch die an die Wirtschaft gestellten Anforderungen das soziale und politische System so verändert wird, daß es dem, welches es ursprünglich zu verteidigen galt, nicht mehr gleicht.¹²⁶ Damit ist eine normative Grenze angedeutet, die es fraglich erscheinen läßt, ob das Regime in der historischen Situation der Vorkriegszeit die planwirtschaftliche Alternative überhaupt besaß, wollte es seine Identität nicht aufgeben und seine Herrschaft gefährden. Ohne die Konsensusgrundlage einer Gesellschaft zu analysieren, das mag sich hier immerhin andeuten, kann eine Untersuchung, die sich am Krisenbegriff orientiert, nicht auskommen.

Versucht man ein Fazit aus den bisherigen Beobachtungen und Überlegungen zu ziehen, so ist vorab zweierlei festzustellen: 1. Die Untersuchung von historischen Prozessen unter Verwendung des Krisenbegriffs setzt eine begriffliche Vergewisserung voraus. Da die Schwierigkeiten während der Phase der forcierten Aufrüstung nicht primär ökonomischen und sozialen Ursprungs waren, sondern sehr wesentlich aus Steuerungsproblemen des politisch-administrativen Systems entstanden, liegt es nahe, diese begriffliche Vergewisserung unter Einbeziehung der Ergebnisse der Systemtheorie vorzunehmen. Dabei ist der Begriffsrahmen so weit zu ziehen und so genau zu entwickeln, daß die wesentlichsten Funktionsbereiche des nationalsozialistischen Herrschaftssystems auf ihr Funktionieren hin befragt werden können. Eine Begriffsverwendung, die diffusen und unkontrollierten umgangssprachlichen Einflüssen ausgesetzt bleibt, kann dies nicht leisten.

2. Je kürzer der untersuchte Zeitraum und je enger der Blickwinkel ist, desto feinmaschiger müssen die Begriffe differenziert, desto präziser die Fragen gestellt werden. Rückschlüsse auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung werden durch eine solche Nahanalyse des Gegenstandes allerdings erschwert. Das Blickfeld muß deshalb eine Erweiterung erfahren, die durch eine Kombination von Quer- und Längsschnittanalysen zu erreichen ist. Werden krisenhafte Erschütterungen in Teilbereichen eines Systems diagnostiziert, so hat man sowohl ihren seismographischen Wellen zu folgen als auch ihren intraterritorischen Ursprüngen nachzuforschen, um ihre Bedeutung für das Gesamtsystem ermessen zu können. Die Analyse muß die engen Grenzen kurzfristiger Verläufe sprengen. Ein Urteil darüber, ob ein historischer Prozeß als Krise zu bezeichnen ist oder nicht, bleibt ohne diese Voraussetzung hypothetisch.

Die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse lassen den sicheren Schluß, daß sich die innere Lage des nationalsozialistischen Deutschland am Vorabend des Krieges so weit zugespitzt hatte, daß man von einer allgemeinen Krise des Systems sprechen kann, nicht zu. Dies kann nicht verwundern; denn solange Untersuchungen fehlen, die einen differenzierten Krisenbegriff zu Grunde legen, bleibt es dem Zufall überlassen, ob sich unter anderen Fragestellungen erzielte For-

¹²⁶ Alan S. Milward, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 41.

schungsergebnisse diesem systematischen Zugriff im Nachhinein fügen. Das war die Grundschwierigkeit der vorliegenden Betrachtung. So viel freilich ließ sich erkennen: die Dynamik des Nationalsozialismus, der Modus der Veränderung, dem die Gesellschaft seit 1933 unterworfen wurde, können mit Hilfe eines am Gegenstand ausdifferenzierten Begriffsgitters, das die Isolierung krisenanfälliger Systemfunktionen erlaubt, genauer bestimmt und verortet werden. Bei der Antizipation eines solchen Verfahrens entstand der Eindruck, daß die Vielzahl an Friktionen, Konflikten und krisenhaften Erscheinungen, die sich in den Interdependenzbeziehungen der Funktionsträger des politisch-administrativen Systems nachweisen lassen, nicht in die gleiche Richtung wirkten. Die wuchernde Vermehrung von Funktionsträgern, deren Kompetenzen nicht klar gegeneinander abgegrenzt waren, bewirkte nicht nur eine Erschwerung rationaler Entscheidungsabläufe und Handlungsvollzüge, sondern stellte auch eine außerordentliche, punktuell wirksam werdende Effizienz sicher, über die politische Systeme normalerweise nicht verfügen können. Die Partikularisierung der Reichsgewalt produzierte nicht nur gegenläufige Steuerungsimpulse, sondern schuf auch sekundäre Stabilisierungen, weil Sondergewalten dazu neigen, Sonderverantwortungen auszubilden. Da sich die Partikularisierungen auf das soziokulturelle Subsystem übertrugen, bildeten sich auch hier Gruppeninteressen heraus, wurden traditionelle Solidaritäten erschüttert. Das vielfältige Gegeneinander führte zu ständigen Reibereien, legte den Grund für Spannungen und Konflikte, erschwerte aber auch ihre zielgerichtete Dynamisierung. Angesichts einer weitgehend suspendierten Systemkommunikation häufte sich auch das Krisenpotential partikular an.

Je stärker Sondergewalten und Gruppeninteressen in einem System ausgebildet sind, desto weniger kann sich eine Analyse, die nach der Krisenanfälligkeit dieses Systems fragt, auf eine Klasse oder Gruppe innerhalb der Gesellschaft beschränken. So muß jeder zu direkte Zusammenhang zwischen Steuerungsproblemen im Bereich der Arbeiterpolitik und sozialen Desintegrationsprozessen im Einzugsgebiet der Arbeiterklasse als fragwürdig erscheinen, da sich zeigen läßt, daß gleichartige Steuerungsprobleme auch in anderen Bereichen des politisch-administrativen Systems zu verzeichnen waren, wo weder Massendruck noch Rücksichten auf die Arbeiterschaft geltend gemacht werden können. Ein direkter Zusammenhang zwischen Steuerungsproblemen im politisch-administrativen System und Desintegrationsprozessen im soziokulturellen Subsystem ist bisher nur für diejenigen Teile der traditionellen Eliten in Verwaltung, Wirtschaft und Wehrmacht nachzuweisen, bei denen sich die unmittelbare Einsicht in die Steuerungsprobleme mit einer Schmälerung ihrer Machtpositionen und einer existentiellen Verunsicherung koppelte. Hier zeitigten die Steuerungsprobleme zumindest Bewußtseinsveränderungen, die bestandskritisch werden konnten, solange das Regime auf die Mitarbeit dieser Gruppen angewiesen war. Staats- und Obrigkeitsdenken, Gehorsam, Loyalitätsgefühle und Verantwortungsbewußtsein standen einer Umsetzung in entsprechende Verhaltensweisen freilich lange Zeit entgegen. Dort wo eine grundsätzliche Einsicht in die Steuerungsproblematik nicht vorausgesetzt

oder nachgewiesen werden kann, was für den überwiegenden Teil der Gesellschaft gelten dürfte, bleibt man auf die Analyse der ambivalenten Wirkungen, die die Steuerungsleistungen und -fehleistungen hervorriefen, angewiesen. Selbst wenn sich der Eindruck bestätigen sollte, daß die nationalsozialistische Führung ihre Steuerungsmaßnahmen sehr wesentlich von Rücksichten auf die Arbeiterklasse oder – diffuser, aber wahrscheinlicher – auf das Volk bestimmen ließ und soziale Spannungen deshalb sorgfältig registrierte, heißt das nicht, daß diese auch objektiv als Krisenindikatoren anzusehen wären. Eine Krise liegt nicht deswegen vor, weil die politische Führung ihr Handeln an einer Kampf- und Krisenideologie orientiert.

Ein Interdependenzzusammenhang zwischen Steuerungsproblemen, sozialen Spannungen und Krisenbewußtsein ist überhaupt schwer nachzuweisen. Durch Querschnittsanalysen gelingt dies in aller Regel nicht. Der Begriff der Krise, der doch immer nur die Zuspitzung eines sich seit langem vorbereitenden Prozesses meinen kann, verlangt die Analyse vertikaler Entwicklungslinien. Eine solche Vertikallinie wird unbestreitbar durch die klassenkämpferischen Traditionen der Arbeiterschaft bezeichnet. Die hiervon geprägten Handlungs- und Denkmuster überdauerten das Ende von Gewerkschaften und Arbeiterparteien und ließen sich nur sehr partiell in ein System integrieren, das die kapitalistische Wirtschaftsstruktur unberührt ließ und eine arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik betrieb. Die geringfügigen materiellen Verbesserungen, die während der Hochkonjunktur durchgesetzt werden konnten, waren freilich nicht nur den Kampfmethoden der Arbeiter, sondern auch den Abwerbepraktiken der Unternehmer und den Profilierungsversuchen örtlicher DAF-Funktionäre zuzuschreiben. Ihre quantitativen Auswirkungen beeinträchtigten die Wirksamkeit der Steuerungsinstrumente kaum.

Fragt man allgemeiner nach wirksamen Handlungs- und Denkmustern, nach geltenden Normen und suspendierten Wertvorstellungen, kurz nach der Konsensusgrundlage der Gesellschaft, so kann man von der großen politischen und ökonomischen Krise, die dem Nationalsozialismus voraufging, nicht absehen. Jede Längsschnittanalyse muß auf die Wirkungen dieses Prozesses stoßen. Wenn man nach der Krise des nationalsozialistischen Herrschaftssystems fragt, ist die Frage nach der „Krise des liberalen Systems“ (E. Nolte) nicht zu umgehen; denn haben wir es nicht zunächst mit dem Problem der Erweiterung der Steuerungskapazitäten des politisch-administrativen Systems zur Überwindung dieser Krise zu tun? Einem Problem, das sich schon vor der Machtergreifung abzeichnete und dessen Lösung zuvor angebahnt worden war? Die Nationalsozialisten traten in diesen Prozeß der Krisenüberwindung ein, ohne über ein praktikables Sachprogramm zu verfügen. Dennoch beseitigten sie die Symptome der Krise mit Mitteln, mit denen eine sachadäquate Problemlösung tatsächlich hätte angestrebt werden können. Ihre Konzeptions- und Verantwortungslosigkeit kombiniert mit dem Zwang zur Herrschaftssicherung erleichterte die opportunistische Übernahme vorhandener Pläne. Das illusionäre Ziel der Eroberung neuen Lebensraumes und die in seinem

Interesse sofort angestrebte Wiederaufrüstung ließ sie das gegebene Instrumentarium in der notwendigen Weise ausbauen und mit dem erforderlichen Nachdruck handhaben. Paradoxerweise bleibt zweifelhaft, ob die vorangegangenen Regierungen hierzu bereit gewesen wären.

Daß der Prozeß der Ausweitung der Steuerungskapazitäten erst 1936/37 zu Konflikten innerhalb des Herrschaftssystems führte, zeigt, wie tiefgreifend der Normenkonsens erschüttert worden war, auf dem das liberale System in Deutschland beruht hatte, wie sehr der Eindruck vorherrschte, das privatkapitalistische, bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge habe sich einer komplexen Umwelt gegenüber nur noch durch die Absprengung des politischen Liberalismus behaupten können, und wie weit die Auffassung reichte, das Regime strebe auf dem Boden des „totalen Staates“ (C. Schmitt) tatsächlich eine Lösung der Probleme an, die die Krise des Liberalismus hinterlassen hatte.

Die weitere Ausdehnung der Steuerungskapazitäten im Zuge der forcierten Aufrüstung war freilich nicht mehr mit den alten Argumenten zu begründen. Sie begegnete Erwartungshaltungen, die sich an der Vorstellung von einem Einpendeln in einen ‚normalen‘ Entwicklungsgang orientierten. So sehr in diesem Trend die depravierten Normen des Liberalismus ihre unterschwellige Weiterexistenz beweisen mochten, so sehr kommt hier doch auch eine generelle Konfliktlinie in den Blick. Sie ist bis zum Ende des Krieges nachweisbar und hat etwas mit der Unmöglichkeit zu tun, die permanente Suspensierung der Normalität auf Dauer zu legitimieren. Dieser Konfliktlinie sind so heterogene Verhaltensweisen zuzurechnen wie der passive Widerstand der Arbeiterschaft, die Opposition von Offizieren, Beamten und selbst SS-Leuten, die Hortung von Rohstoffen für Friedenszwecke durch Unternehmer und die Hintertreibung der Maßnahmen des totalen Krieges durch einzelne Gauleiter.

Diese „Krise des Bewußtseins“, die ein Beweis für den bedingten Veränderungswillen ist, mit dem selbst alte Kämpfer und treue Nationalsozialisten ihrem Führer folgten, scheint etwas damit zu tun zu haben, daß der Nationalsozialismus keine Sachantwort auf die Krise des liberalen Systems zu finden versuchte und das Gesamtsystem zu Gunsten kurzfristiger Effizienz einem Verfalls- und Auszehrungsprozeß aussetzte. Dies kam in seiner Konsequenz einem Abbrennen der Schiffe gleich und zwang das Regime zu tun, was es sich vorgenommen hatte: zu expandieren und seine Antwort auf die Krise des liberalen Systems in einer Generalvereinbarung der Landkarte Europas zu suchen. Der Einwegcharakter dieser Politik zwang zum Erfolg. Ohne eine Analyse der Kategorie des Erfolges nationalsozialistischer Politik ist eine Antwort auf die Frage nach der Krise des Systems deshalb nicht zu geben. Dabei ist nicht nur zu berücksichtigen, daß im Erfolg die Kompensationsmechanismen für die oben angedeutete Krise des Bewußtseins zu suchen sind, sondern auch danach zu fragen, welche Relationen zwischen dieser Kategorie und den Steuerungsproblemen im politisch-administrativen System herzustellen sind. Es ist schließlich zu untersuchen, wie es kommt und welche Bedeutung es hat, daß eine Kapazitätsausweitung der Steuerungsmittel bis in die

letzten Sommermonate des Jahres 1944 hinein immer eine Antwort auf Mißerfolge darstellte.

Die Kurzatmigkeit der in immer kleineren Abständen propagierten Maßnahmen zum totalen Krieg, die schrillen Propagandafanfaren, die sie begleiteten, und der Terror, der ihre Durchführung immer weniger sichern konnte, sind trotz des sogenannten „Rüstungswunders“ freilich ein Indiz dafür, daß die Ausweitung der Steuerungsinstrumente ihre systemstabilisierende Funktion zunehmend einbüßte. Interessanterweise wuchs 1944 auch unter den Anhängern des Regimes das Bewußtsein, daß der Weg in den totalen Krieg eine im Sinne der Systemstabilisierung höchst fragwürdige Konsequenz darstellte. Eine Rückbesinnung auf die „positiven“ Werte des Nationalsozialismus, wie sie in der Abwehr alliierter Neuordnungsvorstellungen und zur Integration der auseinanderdriftenden sozialen Gruppen versucht wurde, entbehrte freilich der Substanz. Die Alternative einer autochthonen Sachantwort auf die Krise des liberalen Systems, die das Deutsche Reich vor dem Untergang hätte bewahren können, bestand nicht mehr. Auch der am 20. Juli gescheiterte Versuch, das überkommene Gesellschaftssystem, was immer man sich darunter noch vorstellen konnte, durch Absprengung der belasteten Nazi-Clique aus der Krise zu führen, in die es durch die militärische Lage gebracht worden war, wäre hier auf seine Grenzen gestoßen, sofern er sich nicht zuvor schon im parasitären Institutionennetz des nationalsozialistischen Systems verfangen hätte.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Ludolf Herbst, Wiss. Assistent am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen, Nikolausbergerweg 9c, 3400 Göttingen.

Dr. Hans-Jürgen Grabbe, Wiss. Assistent am Historischen Seminar der Universität Hamburg, Von-Melle-Park 6/IX, 2000 Hamburg 13.

Dr. habil. Hagen Schulze, Privatdozent am Historischen Seminar der Universität Kiel, Henri-Dunant-Allee 13, 2300 Kronshagen.

Dr. Lothar Gruchmann, Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 8000 München 19.